

Blattweite 65 Bl. monatlich 3,00 M. im voraus zahlbar. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Mittwochliche Beilage“ „Wort und Tat“ und „Stadterkund“.

Vorwärts Berliner Volksblatt

Mittwoch 19. März 1930 Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einjährige Kopiergebühr ...

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3 ... Vorwärts-Verlag G. m. b. H. ...

Fried sucht Hochverräter. Nur Rechtsputschisten als Polizeibeamte gewünscht.

Der Minister des Innern von Thüringen, der Rechtsputschist Fried, hat wiederholt betont, daß er seine Aufgabe darin erblicke, Thüringen zu einem Zentrum des „nationalen Widerstandes“ im Sinne seiner Partei zu machen.

Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß ein Vertreter dieser Partei, die offen den Hochverrat proklamiert und sich hochverräterischer Handlungen rühmt, Polizeiminister in einem deutschen Lande ist.

Am 16. März wurde M., der jetzt auf der Polizeischule Eisenach ist — zum Oberbürgermeister Dr. Janson-Eisenach nach dem Hotel Excelsior in Berlin bestellt.

Dr. J.: Ich habe Sie hierher gebeten, um einige Dinge mit Ihnen zu besprechen, über die ich jetzt ganz klar sehen muß. Wie stehen Sie politisch?

M. (ausweichend): Ich habe bereits seinerzeit zum Ausdruck gebracht, daß ich nicht Mitglied einer besonderen Partei oder Organisation bin.

Dr. J.: Das ist gar nichts, das sind allgemeine Redensarten. Sie müssen sich doch in einer ganz bestimmten Richtung eingestellt haben.

M. (zögernd): Dr. J.: Also ich frage Sie jetzt: Was würden Sie tun wenn die Nationalsozialisten jetzt losziehen würden und Sie diesen und dem Stahlhelm der ja eng mit den Nationalsozialisten verbunden ist, als Polizeikommissar gegenüberstünden?

M. (ausweichend): Ich würde mich an die Befehle halten, die ich bekomme.

Dr. J.: Da weichen Sie mit Ihrer Antwort wieder aus. Ich sehe nun nicht immer hinter Ihnen und möchte wissen, was Sie aus eigener Entscheidung tun würden.

M. (ausweichend): Dann würde ich gemäß meiner Verpflichtung als Beamter nach den mir allgemein vorgezeichneten Richtlinien, also nach meinem Beamteneid handeln.

Dr. J.: Sie geben mir immer noch nicht die Antwort, die ich haben will. Würden Sie gegen die Nationalsozialisten vorgehen? Ja oder nein?

M. (zögernd): Dr. J.: Können Sie mir Persönlichkeiten nennen, die bekunden können, daß Sie ein absolut rechtsstehender nationaler Mann sind?

Dr. J.: Es ist aber unbedingt nötig, daß Sie Nationalsozialisten oder Stahlhelmlaute finden, die voll und ganz für Sie bürgen und sich insbesondere beim Minister Fried persönlich für Sie verwenden.

M.: Ich besitze das E. A. I und II und das silberne Verwendungszeichen für dreimalige Verwundung.

Dr. J.: Und nun noch etwas anderes! Ich habe in Erfahrung gebracht, daß Ihr Bruder, der als Polizeihauptmann in Magdeburg steht, Mitglied des Reichsbanners ist und in einem besonderen Vertrauensverhältnis zu dem Oberpräsidenten Hering steht.

Dr. J.: Sie haben noch eine verheiratete Schwester in Jena. Welche politische Einstellung hat Ihr Schwager?

M. (ausweichend): Das weiß ich nicht.

Dr. J.: Unter diesen Umständen kann ich natürlich die vorgesehene Einberufung nicht aufrechterhalten und Sie den Dienst in Eisenach nicht antreten lassen.

Der Oberbürgermeister von Eisenach sucht demnach Polizeioffiziere, die bei einem Putsch der Hakenkreuzler oder des Stahlhelms sich auf die Seite der Putschisten gegen die Verfassung stellen.

Der preußische Innenminister wird — wie der „Soz. Pressedienst“ erfährt — unmittelbar nach der Verkündung des am Dienstag vom Reichstag verabschiedeten Republikenschutzes das im Dezember erlassene Verbot der Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel aufheben.

Die Suche nach den Bombenmännern.

Die Oberstaatsanwälte von Altona und Kiel erlassen einen Aufruf, in dem sie zur Mitteilung zweidienlicher Angaben zur Aufklärung der Bombenattentate in Oldesloe und Neumünster auffordern.

Die Koalition nebenan.

Arbeiten und Erfolge der Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei.

Zu sehr ungünstiger Zeit ist die sudetendeutsche Sozialdemokratie in die Regierung gegangen: auch die Tschechoslowakei hat ihre Wirtschaftskrise; die Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter schwillt rasch an.

Schon das war eine Frucht der sozialdemokratischen Arbeit, daß demokratischer regiert wird als in den Zeiten des Bürgerblocks und auch schon in den Zeiten der allnationalen Koalition.

Schwer nur finden sich die Bürgerparteien in der Koalition, die sich in der Zeit des Bürgerblocks an schrankenloses Herrschen gewöhnt hatten, damit ab.

Rund ist aber auch der Linksblock durchaus nichts Einheitsliches — nicht nur zwischen deutschen und tschechischen Sozialdemokraten gibt es mancherlei Meinungsverschiedenheiten.

Das Bürgertum will nicht gern bekennen, daß in den dreieinhalb Jahren der Herrschaft des Bürgerblocks überhaupt keine sozialpolitische Arbeit geleistet wurde.

Lassen wir vor allem die Taten des von Dr. Czoch geleiteten Fürsorgeministeriums sprechen! In der Tschechoslowakei gibt es noch keine Arbeitslosenversicherung.

Die Arbeiter tragen das, was die Koalition immer wieder zu sehr heftigen Auseinandersetzungen kommen, deren Ergebnis natürlich nichts anderes sein kann als ein Kompromiß.

Nachdem dreieinhalb Jahre lang gar nichts geschehen, ist das, nach einem Vierteljahr sozialdemokratischer Mitarbeit, immerhin eine beträchtliche Leistung!

Die kommunistischen Gewerkschaften waren bisher in das Genter System nicht einbezogen. Dr. Czoch hat dafür gesorgt, daß nun auch diese Gewerkschaften die staatlichen Zuschüsse bekommen, worauf die „Roten Gewerkschaften“ beschlossen — die Auszahlung von Arbeitslosenunterstützungen überhaupt einzustellen.

Die Arbeiter tragen das, was die Koalition immer wieder zu sehr heftigen Auseinandersetzungen kommen, deren Ergebnis natürlich nichts anderes sein kann als ein Kompromiß.

Die Arbeiter tragen das, was die Koalition immer wieder zu sehr heftigen Auseinandersetzungen kommen, deren Ergebnis natürlich nichts anderes sein kann als ein Kompromiß.

Die Arbeiter tragen das, was die Koalition immer wieder zu sehr heftigen Auseinandersetzungen kommen, deren Ergebnis natürlich nichts anderes sein kann als ein Kompromiß.

Republikchutzgesetz beschlossen.

Ministerratsgesetz gleichfalls verabschiedet.

kommen. — Auch an die Arbeiterjugend hat Genosse Czach gedacht. Er hat die Errichtung eines Jugendinspektors beim Zentralgewerbeinspektorat durchgeführt. Es soll im Einvernehmen mit den Organisationen der Arbeiterjugend wirken.

Auf allen diesen Gebieten ist in der Zeit des Bürgerkriegs nichts geschehen. Auch nichts zur Lösung der Wohnungsfrage. Die Bürgerparteien haben nur ein Rezept: Aufhebung des Mietergesetzes und Wiederherstellung des freien Wohnungsmarktes. Ihr Angriff dürfte im großen und ganzen abgewehrt sein. Das Mietergesetz, dessen Geltung Ende März abläuft, dürfte mit geringfügigen Änderungen bis November verlängert werden. In der Zwischenzeit sollen Verhandlungen über ein langfristiges Wohnbauförderungsgesetz und in diesem Zusammenhang auch über das Mietergesetz geführt werden. Vorläufig ist es dem sozialdemokratischen Fürsorgeminister gelungen, einen Kredit von 15 Millionen zur Erbauung von 12 000 Kleinwohnungen zu erlangen.

Naturngemäß kann sich nicht ebenso rasch die Wirkung der Arbeit der anderen sozialdemokratischen Minister zeigen. Bemerkenswert ist, daß der Justizminister Dr. Meißner die Zulassung der Frauen zum Richterberufe angeordnet hat und daß der Ernährungsminister Bechthold zunächst einen aus Vertretern der Konsumenten bestehenden Ernährungsbeirat geschaffen hat, der seine Arbeiten bereits aufgenommen hat, und daß er energisch und erfolgreich die Milchverfälschung bekämpft.

Aber die agrarischen Forderungen? Die Agrarier sind insofern in einer günstigen Situation, als es ihrer unermüdeten Agitation gelang, die Öffentlichkeit von einer allgemeinen Landwirtschaftskrise zu überzeugen. Tatsächlich geht es einem Teil der Bauernschaft infolge des Sinkens der Getreidepreise schlecht. Ein wenig Hilfe für die Roggenbauern verspricht man sich davon, daß eine stärkere Beimischung von Roggenmehl für die Brot-erzeugung angeordnet wird, und davon, daß die staatlichen Anstalten (vor allem die Armeen) angehalten werden, vor allem einheimische Erzeugnisse zu kaufen. Aber das Schöne der Agrarier sind neue höhere Zölle. Zwar haben die festen Zölle bisher der Landwirtschaft nicht geholfen, aber die Agrarier sind eingeschlossen auf dieses Rezept. Der sozialdemokratische Widerstand zwang sie, ihre Forderungen wesentlich zu mildern. Wahrscheinlich dürfte es zur Einführung von Zusatzzöllen kommen, die der jeweiligen Weltmarktlage angepaßt sein werden.

Es ist klar, daß eine reine Bürgerregierung sich weder bei der Befestigung des Mietergesetzes noch bei der Durchführung der agrarischen Forderungen selber Säckchen gezogen hätte. Wenn die Bürgerparteien nun doch zu einer gewissen Rücksichtnahme auf die Konsumenten gezwungen werden, so nur durch die sozialdemokratischen Koalitionspartner. Welche Wirkungen die Zusatzzölle haben werden, läßt sich noch nicht sagen. Sichtbar aber werden jetzt schon die Wirkungen der sozialpolitischen Arbeit der Sozialdemokratie. Sie wirkt sich gerade jetzt, in der Zeit der starken Arbeitslosigkeit, segensreich aus — sie wird aber, da es sich um planmäßige gesetzgeberische Arbeit handelt, über diese Zeit hinaus Früchte tragen. Sie wird dauern! Und wird deshalb bestehen vor dem Urteil der Arbeiter.

Nächste wichtige Aufgabe sind die Sanierung der Finanzen der Selbstverwaltungskörper und die Verkürzung der militärischen Dienstzeit, auf welche erfreulicherweise auch die tschechischen Genossen besonders drängen.

Die andere große Aufgabe — die Besserstellung der nationalen Minderheiten — scheint noch in der Ferne zu liegen. Zunächst brennen die wirtschaftlichen Probleme — und dann: außer dem Präsidenten Masaryk, der immer wieder auf die Wichtigkeit der Aufgabe verweist, scheint auf tschechischer Seite niemand die Bedeutung des Problems ganz zu erkennen. Und doch wird gerade diese Frage es sein, an der sich die Tragfähigkeit der Koalition zu erweisen haben wird!

Die Regierungsfrage in Sachsen.

Immer noch Bürgerblut Hoffnungen.

Dresden, 18. März (Eigenbericht).

Die bisherigen Regierungsparteien des Sächsischen Landtages hielten am Dienstag eine Besprechung ab über die Neuwahl des Ministerpräsidenten, die am nächsten Dienstag endgültig versucht werden soll. Man rechnete aus, daß eine Mehrheit für den von der Wirtschaftspartei vorgeschlagenen volksparteilichen Kandidaten Schied, dem Präsidenten des Staatsrechnungshofes, zustandekommen würde, wenn die Demokraten sich der Stimme enthalten und von den Antisozialisten wenigstens einer für Schied stimmen würde. Man will deshalb in den nächsten Tagen mit den Demokraten und den Antisozialisten Fühlung nehmen. Am kommenden Montag soll dann eine neue Besprechung stattfinden.

Die Hoffnung der Rechtsparteien auf die Demokraten ist — wie wir erfahren — unbegründet. Die Demokraten werden sich keinesfalls der Stimme enthalten, sondern für einen eigenen Kandidaten stimmen. Damit muß die Kandidatur Schieds als gescheitert betrachtet werden.

Nach der Räumung.

Noch zehn Jahre Reichshilfe für den Westen.

Im Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete fand am Dienstag eine Aussprache über das Westprogramm statt. Reichsminister Dr. Birtz betonte, daß der Räumung der besetzten Gebiete auf Jahre hinaus eine systematische und organische Betreuung durch Reich und Länder folgen müsse. Ein Aufruf über das Gesamtjahreswerk, das im Laufe der nächsten zehn Jahre durchgeführt werden soll, könne noch nicht gegeben werden, da niemand die Finanzverhältnisse des Reiches und auch die weitere Entwicklung der besetzten Gebiete überblicken könne. Neben den Maßnahmen zur wirtschaftlichen Hebung durch Bereitstellung von besonderen Mitteln werde größte Aufmerksamkeit auf die benötigte Beteiligung bei der Vergabe von Aufträgen gelegt werden müssen. Im Nachtragshaushalt und im Haushaltsjahr für 1930 sollen insgesamt 20 Millionen für den Westen bewilligt werden. Ein Viertel dieses Betrages soll zur Förderung des landwirtschaftlichen Produktions- und Absatzweins verwendet werden.

Die Bremerger „Deutsche Rundschau“ nimmt auf Grund genauer Kenntnisnahme der Rede des Außenministers Dr. Curtius ihren Angriff gegen den Minister zurück.

Der Reichstag lehnte am Dienstag nachmittag alle zur dritten Beratung des Republikchutzgesetzes gestellten Streichungs- und Änderungsanträge ab § 6 — Bestrafung von Beschimpfungen der Republik, der Verfassung, eines verstorbenen Reichspräsidenten oder verstorbenen Reichs- oder Landesministers, sowie der Aufreizung zu Gewalttätigkeiten, Verherrlichung eines Hochverrats an der Republik usw. — wird mit 263 Stimmen der Regierungsparteien gegen 151 Stimmen der Rechten, der Wirtschaftspartei, der Bayerischen Volkspartei und der Kommunisten angenommen. § 10 — Auflösung von Vereinen — wird mit 366 gegen 148 Stimmen angenommen.

Die Gesamtabstimmung ergibt die Annahme des neuen Republikchutzgesetzes mit 266 gegen 150 Stimmen.

(Pforten der Komm.)

Für die Anträge der Kommunisten und der Deutschnationalen auf Hinausschiebung der Verkündung des Gesetzes stimmten 120, dagegen 255 Mitglieder. Die Aussetzung ist somit nicht beschloffen, da nicht ein Drittel der Anwesenden erteilt ist. Das Gesetz über die Rechtsverhältnisse des Reichs-

kanzlers und der Reichsminister wird mit 341 Stimmen der Regierungsparteien, der Wirtschaftspartei, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschnationalen gegen 70 Stimmen der Kommunisten und der kleinen Rechtsgruppen bei 3 Enthaltungen angenommen. Damit ist das Erfordernis erfüllt, daß zwei Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl des Reichstags an der Abstimmung teilgenommen und zwei Drittel davon für die Vorlage gestimmt haben.

Der Präsident fragt nun, ob der Antrag der Regierungsparteien, die Proklamation des Reichspräsidenten, mit der er die Unterzeichnung der Young-Befehle öffentlich begründet hat, öffentlich anzuschlagen, noch heute erledigt werden könnte.

Beharrlicher Widerspruch der Rechten vereitelt diese Absicht.

Die Beschlußfassung über diesen Antrag steht als erster Punkt auf der Tagesordnung der Sitzung am heutigen Mittwoch, 11 Uhr; außerdem erste Lesung der Zoll- und Steuervorlagen. — Schluß 16½ Uhr. Ein Antrag der Kommunisten, den Plakatverbot von der Tagesordnung abzusetzen, wurde nur von den Satzungstreuen unterstützt. Die Deutschnationalen trauten sich nicht und blieben sitzen.

Hindenburgs Ostprogramm.

Polenvertrag unterzeichnet. — Hilfe für den Osten verlangt!

Der Reichspräsident hat gestern das deutsch-polnische Liquidationsabkommen enthaltende „Gesetz über die Abkommen zur Regelung von Fragen des Teiles X des Vertrages von Versailles“ unterzeichnet.

Er hat bei dieser Gelegenheit an den Herrn Reichskanzler das nachstehende Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Aus dem gestrigen Vortrag des Herrn Reichsjustizministers und der mit ihm bei mir erschienenen Herren habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß gegen das vom Reichstag verabschiedete Zustimmungsgesetz zum deutsch-polnischen Liquidationsabkommen verfassungsrechtliche Bedenken nicht bestehen. Ich habe gelegentlich des mir erstatteten Berichts auch Kenntnis davon genommen, daß Rechtsjuristen, welche die Regierungsvorlage als verfassungsändernd ansehen, jetzt ihre Bedenken als behoben erachten, nachdem der Reichstag in der Entscheidungsjahresfrage eine von der ursprünglichen Vorlage abweichende Regelung beschlossen hat. Demgemäß habe ich nunmehr das Gesetz über die Abkommen zur Regelung von Fragen des Teiles X des Vertrages von Versailles ausgefertigt und zur Verkündung an das Reichsgesetzblatt weitergeleitet.

Bei meiner Entscheidung habe ich den von einer starken Minderheit des Reichstages gegen das deutsch-polnische Liquidationsabkommen erhobenen Widerspruch durchaus gewürdigt, besonders verfolge ich die im nolleidenden Osten unseres Vaterlandes gegen dieses Gesetz und das bevorstehende deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen vorhandenen Widerstände.

Das Liquidationsabkommen hat in erster Linie zum Ziele, die deutschen Stammesgenossen jenseits der Grenze auf ihrer Scholle und in ihrer Existenz zu erhalten.

Ich will hoffen, daß dieses Ziel durch den neuen Vertrag voll erreicht wird. Aber in Verbindung hiermit ermahnt uns die Pflicht, unsern Ostpreußen und den anderen Brüdern im deutschen Osten in ihrer Not, die aufs höchste gestiegen ist, zu helfen und auch ihnen den Ader, von dem sie leben, zu bewahren. Daß auch hier rasch und tatkräftig gehandelt wird, muß ich in dieser Stunde, in der ich trotz mancher Bedenken auch dieses Gesetz ausfertige, von der Reichsregierung nachdrücklich verlangen.

In meiner Rundgebung vom 13. März habe ich mich dahin ausgesprochen, daß der politische Kampf der letzten Monate nun einer entschlossenen praktischen Arbeit Platz machen muß. Für diese praktische Arbeit eröffnet sich hier ein ganz besonders bedeutungsvolles Gebiet.

Zunächst ist erforderlich, daß die zur Zeit zur Beratung stehenden Agrarmassnahmen, die der gesamten Landwirtschaft zugute kommen sollen, aber für den Osten besonders lebensnotwendig sind, mit aller Beschleunigung und in einem Umfang durchgeführt werden, der der deutschen Landwirtschaft in allen ihren Betrieben, den großen wie den bäuerlichen, für die Dauer die Lebensfähigkeit wiedergibt.

Diese allgemeinen Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft werden aber für den verzweifelt um seine Existenz ringenden Osten allein nicht ausreichen. Für den Osten muß, beginnend mit den besonders gefährdeten Gebieten, noch eine wirksame finanzielle Hilfsaktion hinzutreten. Viele landwirtschaftliche Betriebe, Güter wie Bauernhöfe, sind in einem Grade überschuldet und mit so hohen Zinsleistungen belastet, daß es ihnen unmöglich ist, aus den Erträgen auch nur die Zinsen aufzubringen und aus eigener Kraft die Ueberschuldung und damit den Verlust der Scholle abzumehren. Hier müssen große Mittel bereitgestellt werden, um den Eigentümern Zuschüsse zu den übermäßig hohen Zinslasten zu geben, ihnen die Umschuldung zu ermöglichen und ihnen den Besitz zu erhalten, der die Grundlage für die Existenz fast der gesamten Bevölkerung des Ostens ist. Geschieht dies nicht, dann ist der Zusammenbruch vieler Landwirtschaft und die Abwanderung zahlreicher Mensch aus dem Osten unaufhaltsam.

Ich weiß wohl, daß es bei der schlechten Finanzlage des Reiches schwer ist, die hierfür erforderlichen erheblichen Mittel aufzubringen; aber die unmittelbare Not, die den deutschen Osten in seiner Gesamtheit bedroht, zwingt dazu, diese Summen zu beschaffen.

Ein Teil derselben wird — so nehme ich an — aus den gestellten Erträgen, welche die erhöhten Zölle einbringen, verfügbar gemacht werden können.

Soweit dies nicht ausreicht, erscheint es mir ein gerechter Ausgleich, wenn weitere Mittel aus der Industriebeschäftigung, deren schrittweiser Abbau im Finanzprogramm der Reichsregierung vorgesehen ist, dadurch entnommen werden, daß der Abbau der

Industrieabgabe im Tempo verlangsam und im Ausmaß gemindert wird. Die in den letzten Jahren abgeschlossenen Handelsverträge und das gestern zwischen Deutschland und Polen parafizierte neue Wirtschaftsabkommen haben, um der deutschen Industrie neue Absatzmöglichkeiten zu verschaffen, der Landwirtschaft durch Zulassung der Einfuhr von Agrarerzeugnissen große Opfer aufgelegt und in weiten Kreisen gerade im Osten die Meinung einer absichtlichen Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Lebensinteressen aufkommen lassen. Es erscheint mir billig und recht und auch zur Befestigung dieser Mithimmung geeignet, wenn nun in diesen Rottahren der Landwirtschaft von der Industrie ein gewisser Ausgleich gewährt wird, und dies in der Weise geschieht,

daß alljährlich, etwa auf die Dauer der nächsten fünf Jahre, aus der Industriebelastung Beträge für landwirtschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

Es ist in der letzten Zeit viel über die Verbundenheit der landwirtschaftlichen und der industriellen Produktion gesprochen und geschrieben worden; hier ist ein Gebiet, wo sich diese Verbundenheit praktisch betätigen und nicht nur zur Sanierung der produktiven landwirtschaftlichen Betriebe, sondern auch zu allgemeinwirtschaftlichen Zwecken, nämlich zur Stärkung des Binnenmarktes und zur Besserung unserer Handelsbilanz beitragen kann. Aus Besprechung, die ich in der letzten Zeit mit einzelnen Führern der deutschen Industrie hatte, habe ich den Eindruck gewonnen, daß dieser Gedanke der Verbundenheit und des Ausgleichs auch in der Industrie — trotz eigener Sorge und trotz der Klagen über die hohen, die Produktion bedrückenden Kosten — Verständnis findet.

Im Hinblick auf die Stellung, welche die Reichsregierung dem Reichspräsidenten einräumt, will und kann ich hier nicht ein genau umrissenes Programm und einen bestimmten Weg festlegen.

Aber es ist mir eine Gewissenspflicht, die Reichsregierung eindringlich aufzufordern, mit aller Beschleunigung auf solcher Grundlage ein Ostprogramm aufzustellen und es nach seiner Verabschiedung durch die gesetzgebenden Körperschaften gemeinsam mit Preußen durchzuführen.

Bei der Durchführung der Hilfsmassnahmen im einzelnen habe ich es für geboten, die Mitarbeit der landwirtschaftlichen Vertretungen und Vertrauensstellen der Ostprovinzen selbst mit einzuschalten.

Rachdem die seit langem schwebenden außenpolitischen Fragen nunmehr ihre gesetzliche Regelung gefunden haben, muß — neben der Sanierung unserer Finanzen — nun entschlossen an die Gesundung unserer Landwirtschaft und an die Wiederaufrichtung des zusammengebrochenen Ostens herangegangen werden. Nur in der bestimmten Erwartung, daß dies geschieht, habe ich meine eigenen Bedenken gegen das deutsch-polnische Liquidationsabkommen und das gestern parafizierte deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen zurückstellen vermocht und dem Gesetz meine Unterschrift geben können.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung und mit freundlichen Grüßen bin ich

Ihr sehr ergebener

gez. v. Hindenburg.

Es ist selbstverständlich, daß die Reichstäge, die in diesem Schreiben erteilt werden, wegen der Stelle, von der sie kommen, besondere Beachtung verdienen. Nicht minder selbstverständlich ist, daß durch sie die Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Reichstag und die des Reichstages gegenüber den Wählern nicht berührt wird. Aus dem Wortlaut des Schreibens ergibt sich auch, daß sein Verfasser nicht daran denkt, die Entscheidungsfreiheit der gesetzgebenden Körperschaft irgendwie einschränken zu wollen.

Was die Sozialdemokratische Partei betrifft, so braucht nicht erst betont werden, daß sie bereit ist, gegen alle Notstände der arbeitenden Bevölkerung, in der Industrie wie in der Landwirtschaft, das menschenmögliche zu tun. Kampf gegen soziale Not ist ja ihre Lebensaufgabe. Darum kämpft sie für die Erhaltung der Arbeitslosenversicherung und gegen zweifelhafte Spar- und Steuerentlastungsprogramme, die dem Reich die Mittel nehmen wollen, das sozial Notwendige zu tun. Die Frage der Wege und Mittel ist aber heftig umstritten, und nur aus diesem Streit der Meinungen, der durch seine Autorität endgültig entschieden werden kann, wird sich die verfassungsmäßige und hoffentlich auch wirksame Lösung ergeben.

Die Stellungnahme der Regierung.

Wie Wolffs Telegraphenbüro erfährt, begrüßt die Reichsregierung das Schreiben des Reichspräsidenten mit besonderer Genugtuung. Man sieht in amtlichen Kreisen in dem Schreiben eine wertvolle Unterstützung der Schritte zur Behebung der

Kollage der Landwirtschaft besonders im östlichen Deutschland, die die Reichsanleitung in letzter Zeit unternommen hat und die gerade gestern abend zu einer weitgehenden Verständigung der Regierungsparteien über die sofort zu ergreifenden gesetzgeberischen Maßnahmen geführt haben.

Einigung über die Agrarfragen

Die interfraktionellen Verhandlungen abgeschlossen.

Die interfraktionellen Verhandlungen der Regierungsparteien über die schwebenden Fragen der Agrarfrage haben am Dienstag abend, abgesehen von geringfügigen Differenzen in der Zuckerpreisfrage, zu einer Verständigung geführt. Die Fraktionsovertreter wollen am Mittwoch vormittag die endgültige Formulierung der Anträge vornehmen.

Als Ergebnis der Beratungen sollen von den verschiedenen Regierungsparteien Gesetzentwürfe eingebracht werden, für die die Parteien allerdings nicht einheitlich stimmen werden, Mehrheitsbeschlüsse aber sichergestellt sind.

Der Weizen Zoll soll um 2,50 M. auf 12 M. pro Doppelzentner erhöht werden. Beim Roggen bleiben die bisherigen Zollbestimmungen bestehen. Der Gerstenzoll soll auf 10 M. herabgesetzt werden, mit der Möglichkeit einer Zollermäßigung auf 2 M., wenn der Nachweis erbracht wird, daß der Käufer ein bestimmtes Quantum Roggen zur Verfütterung erworben hat. Wer einen Zentner Roggen zu Futterzwecken kauft, hat demnach die Berechtigung, zwei Zentner Gerste zum verbilligten Zollfuß von 2 M. einzuführen.

Hafers, der bisher einen festen Zoll von 6 M. je Tonne hatte, wird nunmehr auch variabel gestaltet und zwar soll die Zollspanne 4 bis 12 M. betragen.

Der Weizen Zoll soll auf das Anberufende des entsprechenden Getreidezolls gesetzt werden zugleich einer Preiszuschusspanne von 5,25 M. pro Doppelzentner.

Risikozoll soll mit einem Zoll belegt werden von jeweils der Hälfte des in Geltung befindlichen Getreidezolls, ausgenommen Weizenzoll.

Die Zollfestsetzung soll in Zukunft errechnet werden auf der Grundlage des Durchschnittspreises von vier Monaten, während bisher drei Monate die Grundlage bildeten.

Beim Weizen ist eine sogenannte Katastrophenklausel eingefügt worden, die besagt, daß Regierung, Reichsrat und ein Reichstagsausschuß ermächtigt sind, den Zoll weiter herabzusetzen, wenn der Weltmarktpreis bis 40 Proz. unter den am 15. März geltenden Preis herabsinkt.

Der Kartoffelzoll soll vom 15. Februar bis 31. März statt 4 M. 20 Pf. betragen. Diese Maßnahme richtet sich gegen die Einfuhr der als Luxusgenussmittel betrachteten sogenannten Walfartoffeln.

Das Maismonopol soll in der Weise zur Durchführung kommen, daß von einem Ermächtigungsgesetz Abstand genommen wird. Es werden vielmehr Sozialdemokratie, Zentrum und Bayerische Volkspartei das Maismonopol als Initiativentwurf einbringen. Von der Deutschen Volkspartei und den Demokraten wurden bei den Verhandlungen noch Bedenken dagegen geäußert, doch wird an der Annahme des Maismonopols nicht gezweifelt.

Broitgesetz vor dem Ausschuss.

Wirkung zweifelhaft.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags begann die allgemeine Aussprache über den Entwurf eines Broitgesetzes. Dabei wurde von den Vertretern fast aller Parteien zum Ausdruck gebracht, man habe wenig Hoffnung, daß durch dieses Gesetz das Ziel erreicht werde, das die Regierung in der Begründung zu dem Gesetzentwurf andeutet. Trotzdem erklärten sich die Vertreter der meisten, namentlich der Regierungsparteien, bereit, das Gesetz anzunehmen, weil sie der Meinung waren, man solle kein Mittel unversucht lassen, um den Roggenverbrauch im eigenen Lande zu heben.

Regierungsbildung in Po' en.

Der Senatspräsident beauftragt.

Warschau, 18. März. (Eigenbericht.)

Staatspräsident Rolski hat dem Senatspräsidenten Professor Szymanski die Kabinettsbildung übertragen.

Szymanski, von Beruf Augenarzt in Warschau und Mitglied der einen Parlamentkammer — den Abgeordneten — übertrug, damit sie nach ihrem rechtswidrigen Eindringen in die Vorhalle des Parlaments nicht stehen müßten. Danach wird er dem Sejm kaum als der richtige Schützer der Parlamentsrechte erscheinen!

Sabotage des Regierungsblocks.

Warschau, 18. März. (Eigenbericht.)

In einer Resolution droht der Regierungsblock, daß er auch vor den schärfsten Mitteln nicht zurückzucken werde, um das Zustandekommen von Sejmungen während der Regierungskrise zu verhindern. Da der Sejm seine Budgetarbeiten, deren Termin mit dem 1. März abläuft, noch nicht beendet hat, scheint diese Drohung lediglich den Zweck zu haben, das Parlament an seine verfassungsmäßigen Aufgaben zu hindern und so seine „Arbeitsunfähigkeit“ zu beweisen.

Der Marsch zum Salz.

Kalkutta Oberbürgermeister vor Gericht.

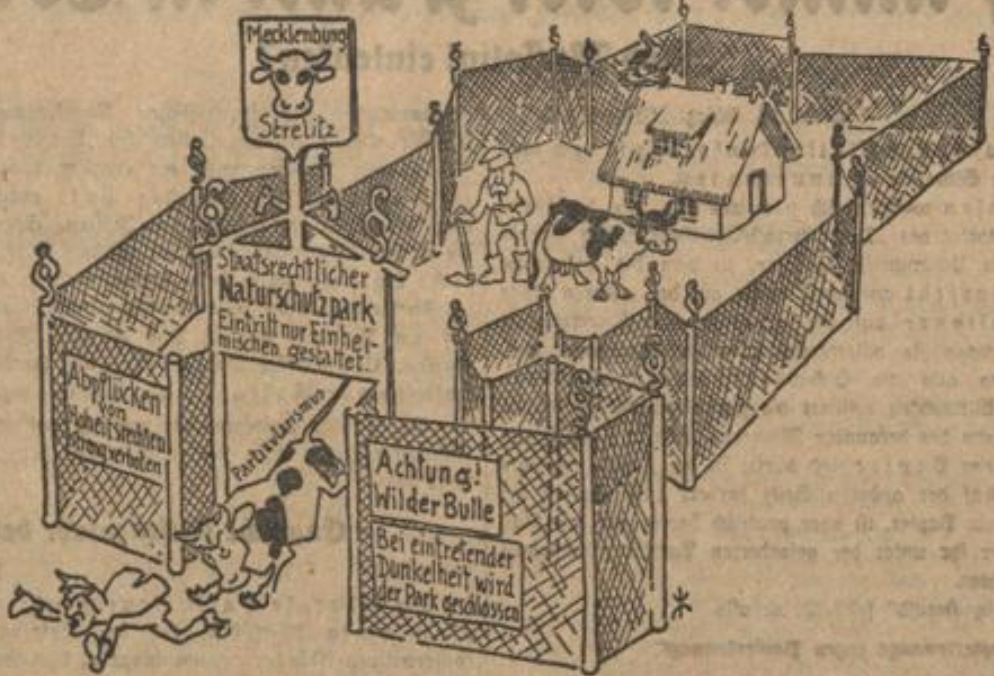
Kew Delhi, 18. März. (Eigenbericht.)

Gandhi und seine Jünger haben die siebente Etappe ihres Marsches von Ahmedabad nach Salapur zurückgelegt. Das Ziel war Salapur. Während bisher einige Anhänger Gandhis Taschen mitgeführt und sich selbst verpflegten, hat Gandhi jetzt angeordnet, daß alles Geld an die gemeinsame Kasse abgeführt wird. Im Lager Gandhis rechnet man täglich mit der Verhaftung des Führers. Wie verlautet, ist für diesen Fall beabsichtigt, unter den weiblichen Anhängern des indischen Freiheitsführers ein Freiwilligenkorps auszuheben, das sich sofort nach der Verhaftung Gandhis dem Kreuzzug zum Salalager von Salapur anschließen soll.

In Rangun begann der Prozeß gegen den Oberbürgermeister von Kalkutta Gupta wegen Aufruhr. Gupta, ein Anhänger Gandhis, weigerte sich, dem Gerichtshof irgendwelche Antworten zu geben; er hat auch auf die Freilassung gegen Stellung einer Kaution aus Gründen der Demonstration gegen die britische Justizverwaltung protestiert.

Das bayerische Hoftheater. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held hat auf Anfrage der Reichsregierung mit Entschiedenheit von sich gewiesen, die Schimpfworte gebraucht zu haben, die ihm die Hugenberg-Presse zugeschrieben hat.

Der staatsrechtliche Naturschutzpark.



Weil er das Ländchen Mecklenburg-Strelitz als staatsrechtlichen Naturschutzpark bezeichnet hatte, mußte der Landtagspräsident Dr. Foth demissionieren... Aber Recht hatte er doch!

Skandalöse „Besitzerhaltung“.

Wie Agrarier die Ostpreußennot mißbrauchen — unter Mithilfe von Landschaftsbanken.

Ostpreußen hat neben einem besonderen Staatskommissar vom Reich und von Preußen noch einen mit vielen Millionen notierten Umschuldungsfonds erhalten. Zu welchen tollen Mißbräuchen und zu welcher Sabotage der Regierungsarbeit die dortigen Agrarier zusammen mit den Landschaftsbanken sich berechtigt fühlen, zeigt ein Fall, über den jetzt in der Presse berichtet wird und der nur ein einzelner Fall aus einem ganzen Mißbrauch- und Sabotagegebiet zu sein scheint.

Der Besitzer des Rittergutes Cortmedien im Kreise Wehlau sicherte sich aus dem Umschuldungsfonds, nachdem „Freunde“ in der Kreiscommission für eine entsprechend wohlwollende Tare gefordert hatten, mehrere zehntausend Mark als Umschuldungshypothek, die hinter der ersten Hypothek der Ostpreußischen Landschaft eingetragen wurde. Der Umschuldungsbetrag nützte nichts, und die Landschaft veranlaßte die Zwangsversteigerung.

Die Zwangsversteigerung wurde durchgeführt, obwohl der Staatsgläubiger der zweifelhafte Umschuldungshypothek, damit das Staatsgeld nicht verloren ging, das 1400 Morgen große Gut für Siedlungszwecke erwerben wollte. Nun aber kommt das Merkwürdige. Das Gut wurde versteigert zum Werte der ersten Hypothek und zusätzlich 30 000 Mark für bevorrechtigte Forderungen, und der Erwerber war, man höre und staune, der siebenjährige Sohn des bisherigen Besitzers!

Die erforderlichen 30 000 Mark hatte aber — wieder muß man staunen — der Spar- und Vorschußverein Allenburg GmbH. zur Verfügung gestellt, der selbst wieder vor ganz kurzer Zeit, weil er nicht mehr weiter konnte, von der Ostpreußenhilfe, also vom Staat, Sanierungskredite in Anspruch nehmen mußte!

Auf diese Weise treibt man in Ostpreußen mit staatlichen Geldern „Besitzerhaltung“ zugunsten der Agrarier: man prellt den Staat um Rechte und sein Geld, man sabotiert mit Hilfe von halböffentlichen, staatlich subventionierten Banken die mühselige und kostenreiche Regierungsarbeit und der für Ostpreußen so notwendigen Siedlung.

Über die Hintergründe des skandalösen Systems erhalten wir aus Königsberg folgenden Bericht:

Die Einsetzung des Reichs- und Staatskommissars Rönneberg hat auch eine Betriebskontrolle für ostpreußische Güter gebracht, durch die geprüft werden soll, ob die Verwendung von Staatsgeldern in Ostpreußen zweckmäßig erfolgt. Das wird sehr unangenehm empfunden, denn früher konnte der Landwirt mit den verbilligten Staatskrediten tun, was er wollte; nicht selten mißte man einfach die Zinsdifferenz aus oder man spielte sogar mit diesem billigen Staatsgeld auf der Börse, wenn man das Geld nicht einfach verbrauchte.

Durch das Staatskommissariat sind diese Manipulationen heute so gut wie ausgeschlossen. Alles wäre damit in Butter, wenn sich die agrarischen Kreditnehmer mit dem selbstverständlichen Gedanken einer Kreditkontrolle befremden wollten. Aber der Besitzer ist autonom, und es ist für ihn unetraglich, wenn er sich Vorwürfen über die Art seiner Betriebsführung machen lassen soll, und zwar noch von einem „Rechtspreußen“. So geht die allgemeine Tendenz dahin, diese Kontrollenrichtung illusorisch zu machen. Hier hat nun Herr von Hippel das Ei des Kolumbus gefunden. Herr von Hippel ist der mächtigste Mann im ostpreußischen Agrarkreditwesen. Er ist Generallandschaftsdirektor und hat als solcher einen sabelhaften Plan entwickelt, der wohl schon geeignet ist, die lästige Kontrolle zu sabotieren.

Der Plan funktioniert wie folgt: Die ostpreußische Landschaft, der Herr von Hippel vorsteht, hat die meisten ostpreußischen Güter erstklassig beliefert. Bleiben die Schuldner mit den Zinsen im Rückstand, dann betreibt Herr von Hippel die Zwangsversteigerung. Bei der Zwangsversteigerung erwirbt der bankrotte Landwirt im Namen eines seiner Kinder das unter den Hammer gekommene Gut zum Preise der ersten Hypothek. So bleibt die

Scholle erhalten. Kunststück! Auf diese Weise schützen die ostpreußischen Landwirte wieder einmal ihre Schulden bis auf die erste Hypothek ab — zugleich die „fremde“ Betriebskontrolle.

Dieses Ei des Kolumbus verbringt Herr von Hippel nicht etwa geheimnisvoll in seinem Bufen, sondern er stellt seinen phänomenalen Plan im Kreise der Geschäftsleute zur Diskussion. Er argumentiert, daß die ostpreußische Landwirtschaft ja kein Interesse daran habe, bankrotte Güter zu erwerben, weil deren Bewirtschaftung durch einen Verwalter viel zu teuer werden würde. Es sei das Tüchtige, den bisherigen Besitzer nach der neuen „Umschuldung“ weiter wirtschaften zu lassen. Auch die Geschäftsleute sollen bei diesem Spiel auf ihre Forderungen verzichten. Sie sagen allerdings, „das Ding geht nicht los“. Denn die anderen, z. B. die Kommissionäre, die den Landwirten Vorschüsse gegeben haben, lassen sich durch solche Tricks nicht um ihr Geld bringen.

Das Ding geht aber doch los! Noch vor einigen Tagen wurde bei einer Versteigerung in Allenburg (das ist das Gut Cortmedien, D. R.) das von Hippel gefundene Ei des Kolumbus wieder mal auf die Spitze gestellt.

Man wird sagen, das ist ein Einzelfall, das ist kein Einzelfall! Diese Einzelfälle haben sich bereits zu Dutzenden ereignet, und sie werden sich bei den früher umgeschuldeten Betrieben in der nächsten Zeit noch recht oft wiederholen.

Sie lernen sich hier, und sie helfen sich, und eine Hand wäscht die andere: die Landschaft die Nachbarn, die kleinen Kreditinstitute, die Kreditkommissionen, unter Parole für Heim und Scholle — und gegen die Republik!

Was sagt die Reichsregierung, was sagt die preußische Staatsregierung zu so unerhörten Vorgängen? Wir halten es für notwendig, daß sich der Preußische Landtag und der Reichstag um diese Dinge kümmern und daß festgestellt wird, wie der Generallandschaftsdirektor v. Hippel in die Lage kommt, sich unerhörten Vorgängen Vorstoß zu leisten. Die Vollmachten des Staatskommissars Rönneberg müssen, wenn sie unzureichend sind, entsprechend erweitert werden.

Der neue „Daily Herald“.

Am Montag, dem 17. März ist der „Daily Herald“ zum ersten Male in neuer Aufmachung erschienen. Diese Ausgabe liegt nun in Berlin vor und läßt die vom zeitungstechnischen Standpunkt ausbedeutend imponierende Leistung erkennen, die unsere englischen Freunde vollbracht haben. Das neue Blatt ist um eine volle Spalte breiter als das alte und sein Umfang hat sich mehr als verdoppelt: das Blatt zählt jetzt, ebenso wie die größten englischen Massenorgane, 20 Seiten, und bietet an Beschrift., Bildern, Neuaufstellungen Inseraten usw. mindestens ebenso viel wie jene Zeitungen, die bisher in England das Feld beherrschten. Schon an der äußeren Aufmachung erkennt man, daß der neue „Daily Herald“ mit den modernsten Mitteln der Zeitungstechnik hergestellt wird. Verlag, Redaktion und Druckerei haben übrigens ein ganz neu hergerichteter fünfstöckiges Kieferngebäude bezogen, das im Herzen von London liegt und mit dem Zeitungsvorlagenshaus Odhams Brothers durch einen mächtigen Schwabden verbunden ist.

Der neue „Daily Herald“ erscheint für ganz England in einer Auflage von über einer Million. Diese Leistung ist auf Grund einer monatelangen Propaganda durch die englischen Gewerkschaften bereits erreicht worden. Im Sommer wird in Manchester eine für Nordengland und Schottland bestimmte Ausgabe, die bis auf die mehr lokalen Nachrichten mit der Londoner identisch sein wird, regelmäßig erscheinen, während zur Zeit noch ganz Großbritannien durch drei verschiedene in London hergestellte Ausgaben versehen wird.

Entsprechend den Ankündigungen trägt der neue „Herald“ in noch stärkerer Maße als bisher den Charakter eines „Boulevardblattes“, wie es die englischen Massen bevorzugen. Der politische Teil ist zurückgedrängt, doch ist und bleibt auch der neue „Daily Herald“ das Organ der Labour Party und der Gewerkschaften, denen er zur Hälfte gehört und von denen er politisch ausschließlich kontrolliert wird. In ihren Glanz-Artikeln haben MacDonald, Lansbury und andere Führer der britischen Arbeiterbewegung diese Rolle des neuen „Daily Herald“ als Sprachrohr und Interessenvertreter der sozialistischen und gewerkschaftlichen Massen ausdrücklich unterstrichen.

Am erlauchtlichsten ist freilich, daß auch das neue Blatt in seinem Kiefernformat noch wie vor nur 1 Penny (etwa 8 Pf.) kostet!

„Liebes Leid und Lust.“

Staatliches Schauspielhaus.

Jürgen Fehling erwarb Shakespeares Lustspiel zu neuem Leben. Die Gelöstheit der Poesie des alten Dramas wirkte befreiend und unmittelbar. Diese leuchteten unter ihnen Grana, Böcher, Renate Müller und Ailische Borodin. Brausefelder Beifall. S. M.

Der Kampf um das neue Berlin.

Stadtparlament einmütig gegen den Gesetzentwurf.

In der Stadtverordnetenversammlung fand sich gestern eine überwältigende Mehrheit gegen den von der preussischen Regierung vorgelegten Gesetzentwurf zur Umgestaltung der Verwaltung Berlins. Von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen war man sich einig, daß dieser Entwurf abzulehnen sei, weil er die Selbstverwaltung fast aufhebt. — Einmütig war die Versammlung auch in dem Bedauern über die Vorgänge im Erziehungsheim Scheuen. Die Kommunisten schenken sich beide Male durch Kraft und Unfähigkeit ins Anrecht.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der jetzt bestätigte unbescholtene Stadtrat Dr. Kollwitz (DnL) durch Stadtrat Wuhl (Soz.) in Vertretung des Bürgermeisters eingeführt. Die Sozialdemokraten, die Volkspartei, die Demokraten, das Zentrum, die Wirtschaftler und Splitterparteien haben einen Dringlichkeitsantrag als

Protest gegen den Gesetzentwurf Groß-Berlin

des preussischen Kabinetts eingebracht, der sich ungefähr mit dem in der Deputation zur Vorbereitung von Organisationsentwürfen angenommenen und im „Vorwärts“ vom Dienstag früh veröffentlichten Protestantrag deckt. Von den Deutschnationalen und den Kommunisten fliegen ähnliche Dringlichkeitsanträge vor. Ein Antrag der Kommunisten, vor Tagen bereits eingereicht, gab Veranlassung zu der nun folgenden Debatte über den neuen Gesetzentwurf zur Umgestaltung der Verwaltung Groß-Berlin. Um eine möglichst wirkungsvolle Aktion gegen den Entwurf zustande zu bringen, ist die Redezeit für jede Fraktion auf eine halbe Stunde beschränkt. Für die sozialdemokratische Fraktion hob

Stadtr. Robinjon

die Grundzüge im kommunalpolitischen Programm der Partei hervor und schloß den vorliegenden Entwurf ab, weil Berlin nicht als Versuchsanstalt für eine kommende allgemeine Umgestaltung der preussischen Selbstverwaltung dienen dürfe. Der Entwurf läßt den Verdacht zu, daß man

ein verfehlertes Präzedenzsystem einführen will, bei dem die Selbstverwaltung fast gänzlich, dagegen aber dem Ausschlußrecht der vorgehenden Behörden weitaus Spielraum gelassen

würde. Robinjon kritisierte dann im einzelnen die Paragraphen des Entwurfes, wobei er das Schwergewicht des Protestes auf das beabsichtigte Einkammerungssystem legte, unter dem die aktive Teilnahme der Bürger an der Stadtverwaltung sehr beschränkt sei.

Die diktorische Stellung des Stadtoberhauptes erklärte der Redner für untragbar. Mit dem § 41 des Gesetzentwurfes könne ein Oberbürgermeister alles von sich aus erledigen und die Stadtverwaltung völlig ausschalten. (Hört! hört! bei den Soz.) Was besonders abzuschrecken sei, ist das jetzige Zusammenfallen der Stadtverordnetenversammlung und die Erledigung laufender Arbeiten in einem unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagenden Stadtausschuß. Wenn man dazu kommt, daß der Oberbürgermeister Dienstvorgesetzter der städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter ist, so entsteht und erwacht, ist dort fühlbar behauptet worden, daß der Entwurf für die Sozialdemokraten unannehmbar ist. Gegenüber wiederholten Zurufen von den Kommunisten her erklärte Robinjon, daß allerdings auch für Gesetzesentwürfe sozialdemokratischer Minister in der Partei volle Diskussionsfreiheit bestehe (Lärm bei den Komm.) im Gegensatz zu den Gesetzentwürfen in der kommunistischen Partei. (Erneuter Lärm bei den Komm. — Sehr richtig! bei den Soz.) Die sozialdemokratische Fraktion hielt es für selbstverständlich, daß der Entwurf eines so wichtigen Gesetzentwurfes die städtischen Körperschaften gehört werden müßten, daß ferner

kein Sonderrecht für Groß-Berlin geschaffen werde.

Die Sozialdemokraten wollen Vorschläge für die Abstellung wichtiger Mängel in der Organisation und der Verwaltung Groß-Berlins machen, sie lehnen aber den vorliegenden Entwurf ab. (Bravo bei den Soz.) Nicht durch ein der Stadt aufgetragenes Vermittlungssystem könne man Berlin helfen, sondern durch einen vernünftigen Finanzausgleich, der Berlins unnatürliches Wachstum durch Zuzug von Bevölkerung trägt, die finanziellen Zuzugungen erhöht und so der Stadt die Möglichkeit einer gesunden Verwaltung auf dem Boden der Selbstverwaltung gibt. (Beifall bei den Soz. und in der Mitte.)

Stadtr. Pled (Komm.) bezeichnete vor fast leerem Hause den Gesetzentwurf der preussischen Koalitionsregierung als ein „sozialistisches Diktatorgesetz gegen die Arbeiterklasse Berlins“ nach dem Muster der privatrechtlichen Finanz- und Verwaltungs-diktatur. Berlin habe überhaupt noch nie eine wirkliche Selbstverwaltung gehabt. Der Redner lehnte den Gemeindefinanzantrag für den Fall ab, daß der kommunistische Antrag keine Mehrheit finden sollte!

Stadtr. Lüdicke (DnL) nannte den Gesetzentwurf ein Gesetz gegen die Selbstverwaltung Berlins. Die Parteien, die in der Stadtverordnetenversammlung das Gesetz ablehnen, müßten das auch im Reichstag tun. In der Verwaltung Berlins müsse das Prinzip der Dezentralisation angewandt werden. Der Redner lehnte den Gesetzentwurf ab. Stadtr. Caspari (D. Sp.) meinte, daß das Staatsministerium den Entwurf sicher anders gestaltet haben würde, hätte es vorher die einmütige Ablehnung gekannt. Berlin sei wieder der Paria der Gesetzgebung gewesen. Caspari lehnte ebenfalls den Gesetzentwurf ab, wie auch der Wirtschaftsparteiler Reins und der Vertreter der Zentrumsfraktion Lange.

Bei der Abstimmung wurde der Gemeindefinanzantrag einstimmig (gegen die Stimmen der Kommunisten, die nur für die Ablehnung stimmten) angenommen. — Zu den

Vorgängen im Erziehungsheim Scheuen

lag folgender Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Fraktion vor:

Der Magistrat wird ersucht, über die durch die Zeitungen bekannt gewordenen Vorgänge im Erziehungsheim Scheuen auf Grund der von ihm durchgeführten Untersuchungen unermüßlich Auskunft zu geben, ferner alles zu tun, um eine Wiederholung solcher Vorgänge unmöglich zu machen und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen.

Stadtr. ordner Wegow (Soz.) begründete den Antrag. Die Vorgänge (unseren Lesern durch die Mitteilungen im „Vorwärts“ bekannt) seien geradezu erschütternd gewesen, sie seien durch nichts zu entschuldigen. Insbesondere sei

das Verhalten der Erzieher von jedem Standpunkt aus zu verurteilen.

Selbst hätte allerdings nur eine Reform der Erziehungsgrundzüge. Kranthoff veranlagte Jünglinge müßten in solchen Anstalten erzogen werden, wo Spezialisten das Erziehungswesen gestalten. Bedauerlich sei, daß entsprechende Anträge nach ihrer Annahme im Stadtparlament noch nicht in die Tat umgesetzt seien. Eine andere Frage sei die Auswahl der Erzieher, die in solchen Anstalten höchstens ein pädagogisch vorgebildeter Erzieher tätig ist, der Unterstützung bei Ökonomen, Stenographen und anderen Handwerkern suchen muß. Mangelhaft ist auch die bereits vorhandene Einstellung und Überzeugung (Großer Lärm bei den Kommunisten) bei den Jünglingen mit Schuld an Vorgängen, wie sie in Scheuen vorlägen. Personen, Literaten und gewisse politische Parteien machen diese Jugendlichen zu Märtyrern, Heiden, zu „Führern“ und Akteuren, die im öffentlichen Leben schon etwas zu sagen hätten. So wird das Erziehungsamt von Anfang an gestört und unmöglich gemacht. (Bravo bei den Soz.) Nehmen Sie — der Redner wendet sich zu den Kommunisten — diese von Ihnen politisch beeinflußten Jugendlichen in Ihre eigenen politischen Organisationen hinein und sie werden

erleben, wie sie gegen Sie selbst vorgehen werden. Nehmen Sie unseren Antrag an. Stadtr. Weyl (Soz.) betonte, daß 80 Prozent der der Stadt überwiesenen Jünglinge krankhaft veranlagte Jugendliche sind, die meist bereits straffällig waren, und zwar wegen Delikten wie Körperverletzung, Angriffe gegen die eigenen Eltern und ähnlichem. Die Gesetze schreiben heute noch vor, daß

erst hoffnungslos vermeheloste Jugendliche in Fürsorgeerziehung gegeben werden dürfen.

Eine Anstalt für psychopathische Jünglinge fehlt noch immer, sie sind mit harmlosen Jugendlichen gemeinsam untergebracht. In Scheuen haben am 2. Februar eine Anzahl Jugendliche an der Berliner kommunistischen Demonstration teilnehmen wollen. (Sehr gut bei den Kommunisten. — Empörung bei den anderen Fraktionen.) Als ihnen das selbstverständlich verweigert wurde, drangen sie auf einen Erzieher ein, der sie mit einem ungeladenen Gewehr erschrekte. Die Revolvererenden schlugen daraufhin nicht weniger als 350 Fensterscheiben ein, infuzierten den Inhaltsleiter, zogen unter Abfingen revolutionärer Lieder vor die Quartiere der Mädchen, um sie „aus der Knasthaft zu befreien“ und gerieten schließlich unter sich aneinander. Bedauerlich ist dabei der Zustand des Straßes, der, ehe die Erzieher dazu kommen konnten, den tödlichen Erfolg bei einem Jüngling hatte.

Die Mutter des Verstorbenen war bei der Stadtr. Weyl, wo sie aufs tiefste bedauerte, daß er den Kommunisten in die Hände gefallen war.

(Beifall bei den Soz.) Stadtr. Weyl konnte sich gegen den fortgesetzten Lärm der Kommunisten oft nicht durchsetzen, sie blieben dann auf der Tribüne unverständlich. Die Rednerin forderte mehr und bessere Erzieher, die dieser abgestellt werden müßten. — Die Debatte wurde darauf vertagt.

Im November des vergangenen Jahres brachte der „Vorwärts“ aufsehenerregende Mitteilungen über die

Müllwirtschaft bei der Vorgängerin der jetzigen städtischen Müllabfuhrgesellschaft durch deutschnationale Stadträte und ihre Parteigänger.

Insbesondere der frühere deutschnationale Stadtrat Wege wurde aufs schmerzliche belastet; er hatte umfangreiche Privataffäre gemacht, so daß die Müllabfuhr nur sanft werden konnte, indem sie in eine rein städtische Gesellschaft umgewandelt wurde. Gestern wurde der Wirtschaftsparteiler der Gesellschaft und die Festlegung der Müllgebühren für 1930 beraten. Die Deutschnationalen stellten den Kopf in den Sand, nannten sich Hale und — lehnten die Erhöhung der Müllabfuhrgebühren von 4,60 Mark auf 5,10 Mark pro 200-Liter-Fuß ab. Zu bemerken ist dabei, daß der Fuß schon auf 5,35 Mark stand, daß er aber von der städtischen Gesellschaft senkt, jetzt aber wieder auf 5,10 Mark erhöht wurde. Die deutschnationale Müllwirtschaft wird in einem Sonderauschuß untersucht werden. Anträge auf Auflösung der Gesellschaft wurden abgelehnt. — Ein Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Fraktion forderte in seinem entscheidenden Absatz: Der Magistrat soll durch Verhandlungen zu erreichen suchen, daß die Kräfteübernahme für Wohlfahrts- und Unterstüßungsempfänger zu den gleichen billigen Preisen wie für die Kronrenten erfolgt.

„Sturmvogel-Frühlingsfest.“ Unter diesem Titel veranstaltet der „Sturmvogel“, Jugendverband der Bertinigen e. V., am Sonntag, dem 22. März 1930, abends 8 Uhr, in den Gesamtträumen des „Ullap“, Alt-Roabit, am Behrer Bahnhof, ein Fest für seine Mitglieder und Gäste. Hier Kapellen, Robert, Tanz, künstlerische Darbietungen usw. versprechen, die Veranstaltung zu einem Volksfest zu machen. Ganz besonderes Interesse dürfte die Tombola erweden, für die eine Zeppelinfahrt, Flugreisen nach dem In- und Ausland, Freispieler usw. zur Verfügung stehen.

Alaixio Arcevedo

Ein brasilianischer Mietkäufer

Als er seine Mieter schlafen geschickt hatte, stieg Joao Romao in seine Wohnung hinauf, fand aber keine Ruhe. In Pajama und Hauschuhen lies er in seinem neuen Schlafgemach auf und ab; es war ein ziemlich großes, luxuriös eingerichtetes Zimmer, weiß und blau gehalten und mit goldenen Blumen bemalt. Ein orientalischer Teppich bedeckte den Boden fast vollständig, und eine Nickelwiederuhr ersetzte jetzt Bertolezas Grunzen und Schnarchen. Das Bett war zweifach, und das übrige Mobiliar war offensichtlich für ein Paar und nicht für einen Junggesellen bestimmt, denn der Kubiter hatte doch genügend Sparfameckensinn, um sich nicht eine kostbare Schlafzimmereinrichtung zu kaufen, die er später würde in die Ecke stellen müssen.

Der Gegenstand seiner Sorge war Bertoleza, ein Problem, das ihn keine Sekunde ruhen ließ. Jetzt schlief sie unten in einem winzigen, schlecht ventilierten Kammerchen neben der Toilette.

„Was zum Teufel soll ich mit dieser schwarzen Bestie anfangen?“ fragte er sich ein dutzendmal und kratzte sich. Denn heute abend hatte der Baron den Stier bei den Hörnern gepackt und über die Heirat gesprochen. Er teilte Joao Romao mit, Botelho hätte schon für den Kubiter um die Hand seiner Tochter angehalten und er wäre durchaus geneigt, sie ihm zu vermählen. Den Kubiter hatte er also überschritten. Zulmira hatte ihr Jawort gegeben, und Dona Estella sollte das Datum der Hochzeit festlegen.

Was also sollte mit Bertoleza geschehen. Der Kubiter kappte hin und her, ohne einen Ausweg zu finden. Wie bumm war es von ihm gewesen, so lange mit der Kegerin zusammenzuleben. Warum hatte er sich nicht schon längst von ihr getrennt, als sein Aufstieg begann? Und wie konnte er sie jetzt im letzten Augenblick loswerden, ohne überall peinliches Gerede heraufzubeschwören, besonders jetzt, wo seine Verlobung bald öffentlich bekanntwerden würde?

Seine Seele empörte sich über die Hilflosigkeit, in der

er sich vor einem so geringfügigen Hindernis befand. Aber es dachte still und unbeweglich auf seinem Weg wie ein böser Fisch und drohte, ihm die glänzende Karriere zu zerstören, die er mit soviel Mühe und Entbehrungen aufgebaut hatte. Was für eine Ungerechtigkeit, daß sein Glück und sein Erfolg in diesem kritischen Augenblick durch ein Geschöpf bedroht werden sollte, das er aufgenommen und beschützt, dem er all die Jahre hindurch ein Heim geboten hatte. Und Joao Romao tat sich selbst so leid, daß er drauf und dran war, in Tränen auszubrechen.

Ab und zu erholte er sich von diesem schmerzlichen Gedanken und malte sich die Vorteile aus, die ihm aus der geplanten Verbindung mit diesem zarten und aristokratischen Brasilianeremädchen entstehen würden, und die Aussicht auf einen rasigen Pfad zu Ruhm und Reichtum eröffnete sich ihm. Erstens würde er Mitglied einer stolzen alten Familie werden, wie die Dona Estellas war. Außerdem würde sich sein Besitz durch die recht bedeutende Mitgift seiner Braut beträchtlich vermehren. Endlich würden wahrscheinlich Mirandas Reichtümer alle einmal ihm zufallen, da Zulmira das einzige Kind war; und so konnte sich sein Traum von Größe vollaus verwirklichen, der Traum, der ihn besessen hatte, als er zum erstenmal seinen Nachbar um dessen Titel beneidete.

Mit diesen neuen Reichtümern und der hohen sozialen Stellung, die er als Schwiegersohn des Barons de Freigal einnehmen würde, sah er sich Schritt für Schritt normalkommen und andere beiseite schieben, bis er das anerkannte Oberhaupt der mächtigen portugiesischen Kolonie von Rio de Janeiro wäre. Dann würde sein Schiff mit vollen Segeln schwimmen und er brächte eine Fracht heim, um die es sich gelohnt hätte — Kleinigkeit, ein Paket Banknoten hinzuzufügen und zu sagen: „den Titel Viscount, wenn ich bitten darf!“

Ja gewiß — und weshalb auch nicht? Erst Viscount und dann Graf. Er würde ihnen schon zeigen, wie ein geheimer und einschlußfähiger Mann so etwas anfängt. Und seit den letzten paar Jahren, seit der Samen des Reibes in seinem Herzen Wurzel geschlagen hatte, näherte er nur eine einzige fixe Idee, von der er niemals abgewichen war. Irgendwie, irgendwann, irgendwo würde er sich einen Titel verschaffen, der höher war als der des Barons de Freigal. Dann würde er eine Triumpfrreise durch Europa machen, deren Echo in dem Portugal seiner Kindheit und dem Bro-

filien seiner Mannesjahre widerhallen würde; und Leute, die ihn lange ignoriert hatten, würden stolz darauf sein, sich seine Freunde zu nennen.

Und Bertoleza — willst du immer mitschleppen? stüßerte eine Stimme in seinem Innern.

Ach ja, Bertoleza, erwiderte er und ging weiter im Zimmer auf und ab.

Herr des Himmels! Würde er denn niemals über oder durch oder um den dunklen Schatten in seinem Wege herumkommen? Wie schändlich für einen wiedererprechenden Mann, an eine greuliche schwarze Kreatur gebunden zu sein. Nicht durch geschliche Bande, sondern durch ein schamloses Konkubinat, das ihm einmal als das Natürlichste von der Welt erschienen war, das ihn aber jetzt mit Ekel erfüllte. Er konnte den Gedanken an sie nicht loswerden. Da lag sie wie eine riesengroße, rabenschwarze Wolfe, die ihn zu ersticken drohte. Und sie erlunerte ihn an alles, was er von Herzen gern vergessen hätte. Wirklich, Bertoleza mußte aus dem Wege geräumt werden. Sie war das lebende Zeugnis alles dessen, was in seiner Vergangenheit schlecht und schändlich war. Alles dessen, das ihn als gemöhnlichen Emporkömmling stempelte und was er die Welt vergessen machen wollte. Es wäre geradezu ein Verbrechen, sie bei sich zu behalten. Das sicherste Bollwerk der Gesellschaft ist die Familie, und es ist jedes Mannes Pflicht, sich zum Haupt eines Haushalts zu machen, in dem Ordnung und Würde herrschen. Konkubinat ist eine Einrichtung, die ehrfame Bürger verachten müssen, und als aufstrebender Kapitalist und zukünftiger Führer der Gemeinde geziemte es ihm, ein Beispiel aufzustellen und der Welt zu zeigen, welchen Standpunkt er in dieser Beziehung einnahm.

Aber diese tugendhaften Gedanken wurden beiseite gedrängt durch seine wahren Gefühle in diesem Fall. Bertoleza erinnerte ihn an einen schmutzigen, barfüßigen jungen Einwanderer, der sich für einen halben Müllreis täglich Essen kauft; sie bedeutete für ihn: mit einem Fischkopf auf den Markt einholen gehen; sie bedeutete: jahrelanges enges Zusammenleben mit einer Negerin auf einer schmutzigen Matratze, wo das Ungeziefer herumkroch; sie bedeutete eine Periode fruchtbarer Arbeit und kleinlicher Betrügereien, die sich mit ehrbaren Geschäftsmethoden unmöglich vertuschen, sie war eine Krankheit, ein Geschwür, das sorgeschulden werden mußte, wollte er Gesundheit, Freiheit, Kraft und Ehre genießen. (Fortsetzung folgt.)

Ein „Schandfleck“ der Familie.

Gefängnis statt Zuchthaus für einen Postbeamten.

Ein Postbeamter unterschlägt 6 Geldbriefe, entnimmt ihnen etwa 150 Mark und wirft die Briefumschläge weg. Da sie Poststempel und Adressen tragen, sind sie Urkunden. Der Beamte hat sich also nicht nur der Unterschlagung der Gelder, sondern auch der Vernichtung von Urkunden schuldig gemacht. Auf letzteres steht Zuchthausstrafe.

Das Gericht erster Instanz hatte den Beamten zu einem Jahr einem Monat Zuchthaus verurteilt. Der Verteidiger legte Berufung ein und bestritt den Tatbestand der Urkundenvernichtung. Die Absicht der Urkundenvernichtung sei nicht auf diese gerichtet gewesen; er habe die Briefumschläge weggeworfen, weil er mit ihnen nichts anzufangen wußte. Es sei ihm einzig und allein auf das Geld angekommen. Der Zuchthausparagraf dürfe nicht angewendet werden. Dies die juristische Seite der Sache. In der Berufungsoberhandlung erwies sich der Fall des Postbeamten D. als höchstinteressantes psychologisches Problem.

D. war eines von fünf Kindern eines wohlhabenden Bürgers. Schon als fünfjähriger entwendete er der Großmutter verschiedene Kleinigkeiten, damals schon zeigte sich das ungeheure Triebhafte seines Wesens. Seine Umgebung tat aber nichts, um durch Erziehung kranker Strebungen durch gesunde niederzuhalten. Der Knabe fühlte sich benachteiligt. Es entwickelte sich in ihm eine Trophinstellung. Man nannte ihn „Schandfleck“ der Familie. Als „Schandfleck“ empfand er sein Dasein. Als Gefelle mit ausreißendem Verdriss entwendete er bei seiner Schwester eine Pelzboa — aus Rache, sagt er, um der Mutter silberne Büffel. Dreieinhalb Monate lang fuhr er mit als Steward auf einem Schiff. Als er zurückkam, war der Vater tot, der Bruder hatte das gesamte Vermögen für sich in Anspruch genommen. Nach dem Kriege heiratete er eine Arbeiterin. Das war unter dem sozialen Niveau seiner Familie. Seine Frau wurde schlecht ausgenommen. Die Trophinstellung bei dem bereits erwachsenen Menschen nahm an Intensität zu. Er arbeitete als Straßenbahner, versuchte sich dann als Hausdiener, als Metallarbeiter, als Theaterdiener und entwendete seiner Schwiegermutter Wäsche und seiner Frau zwei goldene Ringe. Schließlich wurde er Postauswärtiger und seit 1927 fest angestellter Beamter. Zwei Jahre später eignete er sich den Inhalt der sechs Briefe an. Der Psychoanalytiker Dr. Alexander verstand die Tat des Angeklagten psychologisch zu erklären. Er sprach von triebhaften Handlungen, einer infantilen Natur, die mit sexuellem Schuldgefühl im Zusammenhang stehen. Von einem Zustande, der seine Wurzel im Unterbewußten hat. Das Gericht war der Ansicht, daß der Angeklagte für seine Taten verantwortlich ist, folgte aber den Ausführungen der Verteidigung, daß keine Urkundenvernichtung vorliege; keine Absicht sei nicht auf die Vernichtung der Briefumschläge gerichtet gewesen. So erkannte das Gericht nicht auf Zuchthaus, sondern, unter Verwerfung des erstinstanzlichen Urteils, auf sechs Monate Gefängnis. Der Angeklagte befindet sich in psychoanalytischer Behandlung und soll von seinen triebhaften Neigungen geheilt werden. Hoffentlich gelingt es. Das Gericht erwies sich aber als einsichtig und menschenfreundlich.

Gertrud Lodahl

Einen schmerzlichen Verlust hat die Berliner Arbeiterbewegung, vor allem die Konsumgenossenschaftliche Organisation, zu beklagen: Gertrud Lodahl wurde am 17. März im Alter von 52 Jahren durch den Tod überhoben.

Die Verstorbene hat sich in ihrem arbeitsreichen Leben in aufopfernder Weise für den Aufstieg der arbeitenden Schichten der Bevölkerung eingesetzt; sie gehörte zu denjenigen Frauen, die nach der Revolution als erste Vertreterinnen ihres Geschlechts in das Parlament, in die verfassunggebende Nationalversammlung, einzogen. Das Hauptfeld ihrer Betätigung war die Konsumgenossenschaftsbewegung. Bereits 1906 wurde sie ehrenamtliches Vorstandsmitglied des Berliner Konsumvereins; sie gehörte von 1908 bis 1914, mitterhin von 1922 ab dem Aufsichtsrat der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgebung an. Als unermüdete, befähigte, in Wort und Schrift sich eifrig betätigende Werberin hat Gertrud Lodahl viel zum Aufblühen der Berliner Verbraucherorganisation beigetragen. Allzu früh hat ein tüdliches Leiden die tapfere Kämpferin dahingerafft. In feier Dankbarkeit werden die organisierten Verbraucher, vor allem die genossenschaftlich zusammengeschlossenen Frauen, der treuen Genossin stets gedenken.

Um Loeskes Millionen.

Vom Gericht Beweisaufnahme beschlossen.

Der Kampf um den Millionennachlaß des verstorbenen Inhabers der Firma Marggraf, Albert Loeske, geht weiter.

Gestern war Berufungstermin. Der Zuhörerraum wieder von Verwandten überfüllt. Männlein und Weiblein, alt und jung, in gieriger Hoffnung auf die Millionen ihres Vaters, den sie bei Lebzeiten gar nicht gekannt. Das Gericht beschloß Beweisaufnahme. Es soll festgestellt werden, ob Albert Loeske bei Niederschrift seines Testaments im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte gewesen und wie die Auffindung des Testaments vor sich gegangen ist. Also werden im nächsten Termin am 27. März eine große Anzahl Zeugen aufmarschieren, Kerye, die Albert Loeske behandelt haben, sein Rechtsbeistand Dr. Schwefers, seine Wirtschaftlerin, eine Reihe von Bekannten usw. Für die Verhandlung ist der ganze Tag angelegt. Die Ausgrabung der Leiche hat das Gericht abgelehnt. Es ist der Ansicht, daß eine Obduktion doch keine bestimmten Anhaltspunkte für die Feststellung einer Geisteskrankheit ergeben würde. Dagegen sollen die graphologischen Sachverständigen zu Worte kommen, die schriftlichen Gutachten liegen bereits vor. Die Anwälte der Erben haben vier solche Gutachten erbracht, die übereinstimmend das Testament für echt erklären. Das von den Verwandten vorgelegte Sachverständigengutachten ist dagegen der Ansicht, daß die Handschrift des Testaments nicht mit derjenigen des Verstorbenen übereinstimmt.

Ja, ja, wie sollte ein Testament echt sein, das ausdrücklich besagt: „Es soll keine Erbschaft an meine Verwandtschaft fallen.“ Solch ein Erblasser konnte doch nicht normal sein. So behaupten die Verwandten.

Das Programm der Plaza ist auch in der zweiten Hälfte des März sehr gut. Gleich zu Anfang finden die singenden Brothers die Erstausführung, woraufhin die Anmerkungen. Die zwei Brownings mit dem Hint auf Fahrrädern und die Sisters

Lebenshaltung der Arbeiterschaft.

Eine Konferenz der sozialdemokratischen Funktionärinnen.

In den Residenzjessälen in der Landsberger Straße fand eine außerordentlich stark besuchte Konferenz der politischen Funktionärinnen der Berliner Sozialdemokratie statt.

In den Frauenausschüssen wurden die Parteigenossinnen Bohmschuch mit 378, Scheibenhuber mit 261, Kreffe mit 208, als Vertreterinnen Bengels mit 244, Gladofsch mit 223 und Bormann mit 206 Stimmen gewählt. Das Referat des Abends hielt der Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung des AFD-Bundes, Dr. Otto Suhr, über „Die Lebenshaltung der Arbeiterschaft“. Im Jahre 1927, in einer Zeit also von verhältnismäßig günstiger wirtschaftlicher Konjunktur, sind bei einer Reihe von besser situierten Arbeitern vom Statistischen Reichsamt und vom Afa-Bund an Hand eines täglich geführten Wirtschaftsbuches Erhebungen über die Lebenshaltung der Arbeiterschaft angestellt worden. Der Arbeiterhaushalt unterscheidet sich vom Angestelltenhaushalt im allgemeinen durch eine größere Kinderzahl. Während bei den Angestellten das Zweikinderstadium vorherrscht, sind bei den Arbeitern zumeist mehr Kinder vorhanden. Fast alle Kinder sind nach Möglichkeit nach Verlassen der Schule erwerbstätig. Fast die Hälfte des Gesamtertrages der Einnahmen wird für Nahrungsmittel aufgewandt, 10 Proz. entfallen auf die Miete, 8 Proz. auf die Einrichtung und etwa 12 Proz. auf die Kleidung. Ein großer Teil der verbleibenden rund 25 Proz. wird durch Steuern und Versicherung beansprucht. Alle Ausgaben sind längst nicht so gestiegen wie diese. Dafür muß aber anerkannt werden, daß sich die sozialen Einrichtungen gebessert haben. In der Rohrung ist eine starke Vorliebe für Fleißgenuß festzustellen. Eine schwere Belastung verursachen die Zölle. Bei einem Jahreseinkommen von 3300 Mark sind rund 200 Mark für Verteuerung durch die Zölle und für indirekte Steuern zu entrichten. Die Durchführung der neuen indirekten Steuern nach dem vorliegenden Plan würde eine Mehrbelastung des Arbeiterhaushalts von jährlich 15 bis 16 Mark bedeuten. Um die Verteuerung der Lebenshaltung durch den Zwischenhandel auszuweichen, täten alle Arbeiter gut, sich in weiterer Maße als bisher genossenschaftlich zusammenzuschließen und ihren Bedarf beim Konsum einzudecken. Von rund 20 Millionen Arbeitern, Angestellten und Beamten sind aber bisher erst 5 Millionen genossenschaftlich organisiert. Volkswirtschaftlich gesehen, ist die Großverkäuferin auf dem Markt die Arbeitnehmerin. Ihre Einkünfte erzielen insgesamt in einem Jahre eine Ziffer von 25 Milliarden Mark. Ihre Pflicht muß es sein, sich durch politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Zusammen-schlüsse vor Verteuerungen ihrer Lebenshaltung zu schützen.

Eine rege Diskussion, in der die Parteigenossinnen Kachler, Pahl und Frankenthal sprachen, schloß sich an. Die Frauensekretärin der Berliner Sozialdemokratie, Hilde Kern,

schloß die Konferenz mit der Mahnung, für die internationale Frauenwerbung, die vom 18. Mai bis 1. Juni in der ganzen Welt für die Sozialdemokratie vor sich geht, alle Kräfte anzuspannen, um der Partei und damit der internationalen Arbeiterschaft neue Kämpferinnen zu gewinnen.

Schutz dem Arbeiterkind.

Schule in Rot.

Berlin muß sparen, und verständlich ist es, daß man auch auf dem Gebiete des Schulwesens spart. Aber man muß sich wehren gegen Sparrezepte, die außer acht lassen, daß es sich in der Schule nicht um tote Dinge, sondern um kleine, lebendige Menschen handelt.

Eine Uebertragung falsch verstandener Rationalisierung von der Wirtschaft her auf die Schule ist ein Übel. Das Kind leidet nicht weniger als der Erwachsene unter der allgemeinen Not. Es leidet aber stumm und kann sich nicht wehren. Ist die Familie von Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit bedrängt, leiden die Kinder auch die materielle Not der Erwachsenen, darüber hinaus aber durch die von der Not verblühten Erwachsenen häufig genug auch seelische Pein. Wer an der Schule spart, belastet das Kind doppelt — schränkt man doch seine Lebensbedingungen nicht nur in der Familie, sondern auch an der Stätte ein, die einen Teil seines kleinen Lebens ausmacht. Gerade zu Notzeiten muß dem Arbeiterkind wenigstens in der Schule eine Stätte bereitet sein, die ihm über die Misere der Zeit hinweghilft. Daher muß sich der wahre Freund der Kinder gegen alles wenden, was die Lebensbedingungen des Kindes in der Schule einschränkt. Daher keine Heraussetzung der Klassenfrequenz, keine Beschnidung der Vierung freier Lernmittel! Alles, was der gesundheitlichen Förderung des Großstadtkindes dient: Verschönerungen, Wanderungen, Schulspeisung, Brausebäder, muß gesichert bleiben. Die geplanten Sparmaßnahmen des Magistrats gefährden die zum Schutz des Arbeiterkindes unter sozialdemokratischer Führung geleistete Arbeit des Schulbaues.

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Berlins, die Zentralstelle der sozialdemokratischen Elternbeiräte Berlins, der Bezirksverband Berlin des Bundes der freien Schulgesellschaften haben in diesem Sinne bei der Schulverwaltung Vorstellungen erhoben. Der Stadtratsnenausschuss hat in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung den Sparmaßnahmen nicht zugestimmt. Der Magistrat wird sich unter diesen Umständen hoffentlich dazu verstehen, von seinen weltgehenden Sparmaßnahmen auf dem Gebiete der Schule Abstand zu nehmen.

Schmettan sind gern gesehene Gäste und finden ein dankbares Publikum. Der Komiker Bach sollte sich im ersten Teil etwas neutraler halten und lieber nicht davon reden, daß Schwarzweißrot und Schwarzrotweiß egal seien. Die vier Hons als kurze Leute hatten die Zuschauer in Atem. Sie und die Jongleurkunststücke und Späße der Perezoff-Compagnie erzielten reichen Beifall. Auch Zibral, der Mann mit den uromischen Musikinstrumenten und der unglaublichen Bifage ist eine Nummer, die sich sehen lassen kann.

Tschechisches Kabelwerk durch Feuer zerstört.

40000000 Kronen Schaden.

Prag, 18. März.

Im Kabelprüfraum der Krizik-Werke, der früheren Bergmann-Werke, in Bodenbach, brach am Montagabend gegen 11 Uhr ein Feuer aus, das rasch um sich griff und sich auch auf die angrenzenden Räume ausdehnte. Schon innerhalb einer halben Stunde standen außer dem Kabelprüfraum das Kabelwerk und der Expeditionstraum in hellen Flammen. Um Mitternacht bildete die gesamte umfangreiche Fabrikanlage ein einziges Flammenmeer. Das Kabelwerk wurde vollständig zerstört. Dem Brand sind auch zahlreiche Maschinen zum Opfer gefallen, die zum Teil erst im Vorjahre neu eingestellt worden waren. Der Gesamtschaden wird auf 40 Millionen Kronen geschätzt. Durch die Zerstörung der Fabrikanlagen werden 400 Arbeiter und Arbeiterinnen brotlos.

Kollodium-Explosion in Potsdam.

In der Potsdamer pharmazeutischen Fabrik von Regner, Johannstraße 40, ereignete sich am Dienstag mittag eine schwere Explosion. Kollodium war in Brand geraten und in kurzer Zeit stand der ganze Fabrikraum in Flammen. Zwei Arbeiter konnten sich im letzten Augenblick nur durch

Funkwinkel.

Am Nachmittag eine Uebertragung aus Leipzig. Der Offenbacher Charakter „Der Chemann vor der Tür“ wird gefendet. Die Handlung, die übrigens im Radio so gut wie gar nicht verständlich ist, bleibt gleichgültig. Das kleine Lustspielchen, das zu den Alten gelegt werden kann, ist aber von einer Musik eingerahmt und durchdrungen, die heute noch dank ihrer längereischen Beliebtheit und ihrer Musikalität entzückt. Vielleicht eine Gelegenheitsarbeit, lange nicht vom Range des „Orpheus“ und doch wegen ihrer großen künstlerischen Eigenschaften überzeugend. — Der Abend bringt einen Programm-austausch zwischen Berlin, Brüssel und London. Jeder Sender beliefert den Hörer mit 20 Minuten. Aber hier erhebt sich die Frage: Ist das, was gefendet wird, repräsentativ und interessant? Jedenfalls nicht sehr. Im „Lindbergh-Flug“ von Brecht, Weill und Hindemith sind bestimmt dramatische und musikalische Qualitäten vorhanden, aber es gelingt nicht, ein einmaliges Ereignis, auch wenn es neben geschäftlichen heroische Seiten zeigt, über die enge Grenze des einmaligen zu erheben. Ebenso scheinen die Kompositionen, die Brüssel und London senden, nicht von großem künstlerischen Format zu sein. Die am sich gute Uebertragung zeigt jedoch etwas anderes: Daß heute immer mehr die Gegensätze zwischen den Völkern überbrückt werden und daß es keine Entfernung auf der Erde mehr gibt. F. Sch.

Hinauspringen aus dem Fabrikgebäude in Sicherheit bringen. Die Potsdamer Feuerwehr hatte eine schwere Arbeit zu verrichten. Für etwa 30000 Mark Borräte sind verdrammt.

Explosion in Steglitz.

Einem Knaben die rechte Hand abgerissen.

Am Dienstagabend gegen 11 Uhr erfolgte an der Ecke der Hofsteinschen und der Fregestraße in Steglitz eine Explosion. Der 13jährige Schüler Wolfgang Häblich aus der Hofsteinschen Straße 30 fand auf der Straße eine kleine Blechbüchse, die, wie sich dann herausstellte, offenbar mit Pulver gefüllt war. Denn als er versuchte, die Büchse auf den Bügelstiel aufzuschlagen, erfolgte eine heftige Explosion, durch die dem bedauerlicherweise Knaben die rechte Hand weggerissen wurde. Die Detonation war so stark, daß die Bewohner der umliegenden Häuser erschreckt auf die Straße stürzten in dem Glauben, daß eine Gasexplosion stattgefunden habe. Der Junge wurde zunächst zur Rettungsfeste und von dort ins Krankenhaus geschafft. Die Polizei hat bereits festgestellt, daß es sich um eine sogenannte Eisenbahn-Knallkapsel handelt.

400 000 Dollar verspielt.

Wien, 18. März.

Der Großindustrielle Friedrich Pollak-Parnegg, der Geschäftspartner der Textilfirma Hermann Pollak Söhne, der sich am Montag in seinem Büro eine Revolverkugel durch die Stirn jagte, ist am Dienstag früh im Sanatorium vom seinen Verletzungen erlegen. Als Ursache für den Selbstmord wird nach wie vor der durch die Spilleidenschaft zerrüttete Nervenzustand des Verstorbenen angeführt. Die Spielverluste, die er im Laufe der letzten Jahre erlitten hatte, sollen den Betrag von 400 000 Dollar ausmachen. Die Firma Hermann Pollak Söhne beschäftigt in Osterreich und den Nachfolgestaaten über 6000 Arbeiter und 480 Beamte; sie scheint durch den Selbstmord ihres Geschäftspartners nicht berührt zu sein.

Kindesleiche auf dem Friedhof.

Einen graufigen Fund machte ein Friedhofsinspektor auf dem Georgen-Friedhof am Königstor. Er sah an einem Gebüsch eine alte braune Aktentasche liegen. Als er sie öffnete, fand er darin die Leiche eines neugeborenen Mädchens, das erdrückt worden ist. Die Tasche war nicht vom Regen durchnäßt, kann also erst kurz vorher dort hingelagt worden sein. Die kleine Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht, die Fahndung nach der Mutter ist eingeleitet.

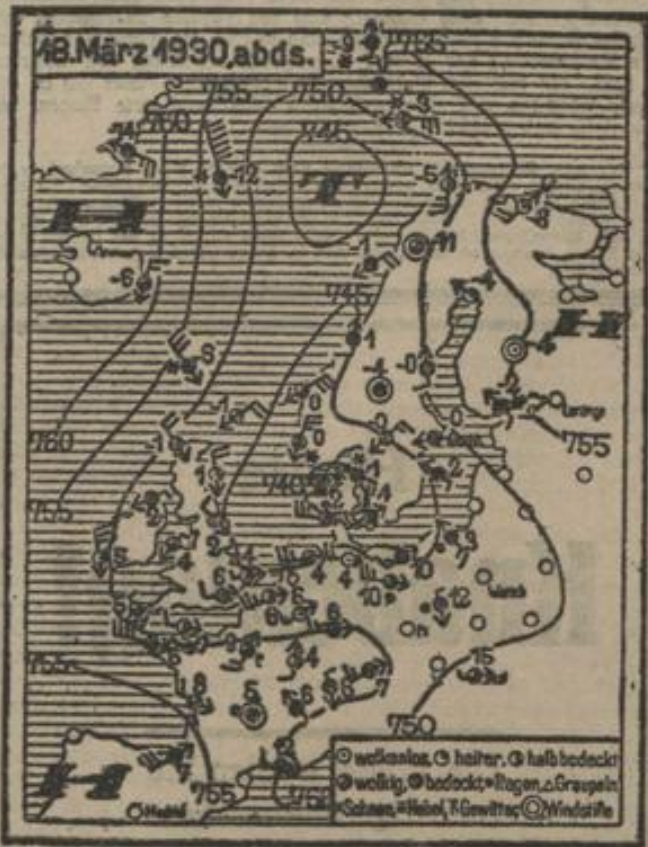
Liebe siegt über Dollars.

Dieser Tage heiratete in New York die Witwe des früheren Millionärs John Coward, der ihr ein Drittel seines vier-Millionen-Dollar-Vermögens auf so lange hinterließ, wie sie sich nicht verheiratet. Da Miss Coward nun aber in der Person des durchaus nicht vermögenden Mr. Wingate Carol den Mann ihrer Liebe gefunden hat, unterzeichnete sie die Verzichtserklärung auf ihr Millionenvermögen, um nun, arm wie eine Kirchenmaus, in die Arme ihres neuen Bräutigams zu eilen.

Eindruck in der Oberrechnungskammer.

Zum Dienstag mittag konnte man in der Oberrechnungskammer in Potsdam die Wahrnehmung machen, daß sich in der letzten Nacht eine bisher unbekannte Perle in den Räumen der Oberrechnungskammer hat einschleichen lassen. Sämtliche Schiebläden waren durchwühlt. Im ganzen sind etwa 400 Mark, darunter auch Amtsgelder, gestohlen worden.

Allgemeine Wetterlage.



Auf der Vorderseite einer Depression, deren Kern am Dienstagabend über Dänemark lag, waren sehr milde ozeanische Luftmassen nach Deutschland geströmt. Im größten Teil des Reiches lag das Thermometer über 10 Grad. In Schlesien wurden sogar 18 Grad im Schatten erreicht. Bereits in den Nachmittagsstunden drang jedoch wieder Kaltluft in das warme Gebiet vor und brachte in Ostpreußen einen Temperaturrückgang bis auf 5 bis 6 Grad. Die Kaltluft gehört einem frischen und ausgeprägten Luftstrom an, der vom nördlichen Eismeer bis nach England reicht. Unser Wetter wird in den nächsten Tagen durch das Vordringen der Polarluft bestimmt werden.

Wetterausblick für Berlin: Unbeständig und kühl mit Schauern, westliche bis nordwestliche Winde. — Für Deutschland: Allgemein veränderliches Wetter mit Schauern, sinkende Temperatur.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Zur Nachahmung empfohlen. Für das Notopfer für Erwerbslose wurden von den Genossen des Arbeitsamts Südost 100 Mark gesammelt und als 1. Rate an die Bezirkskasse abgeliefert, worüber hierdurch mit bestem Dank öffentlich quittiert wird. J. A.: Alex Pagels.

Fürsorger(innen). Der zweite Aufsichtabend über Arbeitslosenversicherung und Reichsversicherungsordnung findet am Donnerstag, dem 20. März, nicht in der Wohlfahrtschule, sondern um 19 1/2 Uhr im Sitzungssaal des Bezirks Brandenburg, Lindenstr. 3, 2 Tr., 1. Hof rechts, statt. Neumeldungen können noch berücksichtigt werden.

- 1. Kreis Tiergarten, Wohnung, Abteilungsleiter und Funktionäre! Die letzten Genossen, welche für ihre Abteilungen die Eintrittskarten zu unserer Kameradschaftsfeier für den 20. März verteilen, müssen bis spätestens Donnerstag, 20. März, bei ihrem Referat erscheinen. Die Abteilungsleiter müssen beim Kreisreferat heute die Karten abgeben.
2. Kreis Prenzlauer Berg, Donnerstag, 20. März, 19 1/2 Uhr, anschaulichster Vortrag über die Bedeutung des Berliner Arbeitervereins, dessen Zweck und die Aufgabenstellung des Berliner Arbeitervereins zu haben. Freitag, 21. März, 19 Uhr, Vortrag über die Bedeutung des Berliner Arbeitervereins in der Gemeinde mit dem Kreisreferat.
3. Kreis Friedrichshagen, Donnerstag, 20. März, 19 Uhr, Arbeitervereinsversammlung der Kinderfreunde im Jugendheim Lützow Straße, Vortrag: „Arbeiterkultur“, Referent: Landratsherr Dr. Max. Dieckhoff, Friedrichshagen. Die Karten in Anbetracht des interessanten Vortrages um schickliches Gebühren.
4. Kreis Neukölln, Mittwoch, 19. März, 19 1/2 Uhr, Bezirksversammlung: Wir erwarten heute um 19 Uhr pünktliches und zahlreiches Erscheinen aller Funktionäre. — Freitag, 21. März, 19 Uhr, Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes bei Köpcke, Schumannstr. 1. — Kommunistische Kommission und Arbeiterwohlfahrt, Donnerstag, 20. März, 19 Uhr, im Sitzungssaal der Bezirksvereinsverwaltung, Besprechung aller Parteigenossen. — Bezirkskommissionen, Genosse Stadler, Adomo und Mandelstam, Dr. Schick, sprechen über: „Genossenschaften der Stadt Berlin“. Die Funktionäre der Arbeiterwohlfahrt werden gebeten, ebenfalls zu erscheinen.

- Heute, Mittwoch, 19. März:
12. WM. Wie erhaltene Genossen, die ihre Karte noch nicht gemeldet haben, geben diese sofort bei Wenzel, Wilsdorf, 20. ab.
13. WM. Zur Frühlingssitzung am Sonntag, dem 23. März, sind Karten bei den Bezirksleitern zu haben. Erscheinen aller wird erwartet.
14. WM. Die Bezirksleiter nehmen ihre Wortbeiträge bestimmt bis zum 20. März beim Referat.
15. WM. 19 1/2 Uhr Kameradschaft junger Parteimitglieder bei Grunewald, Rammstein Str. 19, Vortrag des Genossen Alexander Stein.
16. WM. 19 Uhr Bezirksversammlung der Arbeiterwohlfahrt im Jugendheim Lützow Straße, Vortrag: „Deutscher Lebenswille“ im Jugendheim, am Ullrich, Treffpunkt: vor der Ausstellung.
17. WM. Der für heute anberaumte Diskussionsabend muß umhändelbar ausfallen.
18. WM. Charlottenburg, Arbeitliche Genossinnen und Genossen melden sich beim Genossen Hinrichsen, Wappenhof Str. 22.
19. WM. Wilmanns, Diskussionsabend, 20 Uhr bei Schulz, am Karlsruhhof, wichtige Sitzung.
Besuch und Umarmung, 20 Uhr im Jugendheim Wandlitz, Schaeffer Gruppenkonferenz, Adolf Buchold, Friedrichstr. 100 und unsere Zeit.

Morgen, Donnerstag, 20. März:
1. WM. Die Bezirksleiter, die noch nicht die erhaltene Genossen gemeldet haben, müssen die Meldung unbedingt bis spätestens Donnerstagabend beim Abteilungsleiter oder bei Köpcke abgeben. Die Karten für den Kameradschaftsabend sind am Donnerstag um 20 Uhr bei Köpcke ab-

Die Hauszinssteuer.

Debatte über die Verlängerung im Landtag.

In der am Dienstag im Preussischen Landtag fortgesetzten Aussprache über die Verlängerung der Grundvermögens- und Hauszinssteuer, über deren Beginn wir bereits im gestrigen „Abend“ berichteten, erklärte:

Abg. Mehl (Sp.) beide Steuern für ungerecht und drückend, und daß sie auf einer ganz falschen Bewertungsgrundlage aufgebaut seien.

Abg. Werdes (D. Frakt.) lehnt die Verlängerung der Steuern ab, weil sie untragbar sind.

Abg. Kaufmann-Eberfeld (Nat.-Soz.) hält die Aufrechterhaltung der Wohnungswirtschaft für notwendig, solange der Staat noch mit solchen Steuererlösen arbeitet. Die Rückflüsse aus der Hauszinssteuer würden ungerechtmäßig nicht zum Wohnungsbau verwendet, sondern zur Reparationsleistung. Seine Fraktion werde gegen die Steuererlöse stimmen.

Abg. Howe (Dnat.) bedauert die Ablehnung der deutschnationalen Änderungsanträge im Ausschuss durch die Regierungsparteien.

Abg. Meyer-Solingen (Soz.)

Wir können uns als Regierungsparteien nicht den Luxus erlauben, gegen die Verlängerung der Steuererlöse zu stimmen. Auch die Deutschnationalen haben früher, als sie in der Reichsregierung saßen, das Reichshauszins- und Grundvermögenssteuergesetz angenommen. (Hört! hört! bei den Soz.) Die geforderten Abstriche der Volkspartei können wir nicht mitmachen, da sie einen Ausfall von rund 200 Millionen bedeuten würden. Es reut mich gerade um Verantwortlichkeitsgefühl, wenn die Volkspartei für diesen Ausfall keine Deckungsvorschläge macht. (Sehr wohl! bei den Soz.)

Gegenüber der kommunistischen Kritik ist zu sagen, daß an der jetzigen Erhebungsgrundlage der Hauszinssteuer die Kommunisten selbst Schuld sind.

Sie haben früher gegen das Gebäudeversicherungssteuergesetz gestimmt, das ein erhebliches Mehr an Einnahmen bringen sollte, ohne dabei die Kosten der Mieter zu erhöhen. Die frühere Generation der Kommunisten hat schließlich auch eingesehen, daß sie damit einen entscheidenden Fehler gemacht hat. Die nach der Wahl hier eingesetzte neue Garnitur von Kommunisten weiß davon allerdings nichts. Da diese Garnituren nach den Wahlen immer wieder erneuert werden, werden wir wohl nie mit dem Einblößen fertig werden. (Heiterkeit.) Die Behauptung, daß die Regierungsparteien die Rückflüsse aus der Hauszinssteuer für den allgemeinen Finanzbedarf verwenden wollen, sind unwahr.

Im Reichstag ist der sozialdemokratische Antrag, daß diese Rückflüsse nur für den Wohnungsbau dienen sollen, angenommen und damit ist auch für den preussischen Finanzminister die Richtlinie gegeben.

Der kommunistische Redner muß auch als Mitglied des Beirats wissen, daß die Mittel des Ausleihfonds nur für den Wohnungsbau verwendet werden und nicht zur Herstellung des Gleichgewichts im Haushalt herangezogen werden dürfen. Die Ausführungen des Nationalsozialisten Kaufmann waren ein Ausflug in unbekannte Gefilde. Von der Wohnungswirtschaft versteht er offenbar nichts, sonst hätte er nicht behaupten können, daß die Rückflüsse aus der Hauszinssteuer für Reparaturen verwertet werden; es können da rund 12 Millionen in Frage. Zum Glück ist die Aufrechterhaltung der Wohnungswirtschaft nicht von den Nationalsozialisten abhängig. Die Sozialdemokratie hat die Interessen der Arbeiterklasse wahrgenommen, ehe an die Nationalsozialisten zu denken war, und sie wird diese Interessen weiter vertreten, wenn die Nationalsozialisten längst verfallen sein werden. (Beifall bei den Soz.)

Damit ist die Aussprache beendet. Die Abstimmungen finden am Mittwoch statt.

Es folgt die zweite Lesung der Änderung der Bestimmungen über die Auflösung der Familiengüter und Hausvermögen (Fideikommiss).

Als Berichterstatter hebt

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.)

heraus, daß nach der Regierungsvorlage als Stichtag für die Auflösung der Fideikommissionen der 1. April 1935 vorgeesehen war. Der Rechtsausschuß hat den Zeitpunkt auf den 1. Juli 1940 hinausgeschoben. Inzwischen ist von den Regierungsparteien ein neuer Antrag eingegangen, als Stichtag den 1. Juli 1938 festzusetzen. Die freiwillige und beschleunigte Auflösung soll durch Herabsetzung der Gebühren gefördert werden. Die Bestimmungen des Entwurfs sollen zunächst den Gläubigern des Fideikommissbesizers zugute kommen, dann aber sollen Familienstreitigkeiten und Ungerechtigkeiten, die die Folge des jetzigen Fideikommissgesetzes sind, durch anderweitige Regelung der Nachfolge geregelt werden. Ebenso soll der Kreis der Abfindungsberechtigten eingeschränkt werden.

Justizminister Dr. Schmidt

betont, daß die Fälle eine Vorlage wirtschaftlicher und rechtlicher Fragen enthalte. Die Auflösung der Familiengüter solle durch Erleichterung der freiwilligen Auflösung und durch Einführung eines Stichtages beschleunigt werden. Während des Auflösungsstadiums werde die Vorkaufsstellung des nächsten Solers gegenüber den übrigen Angehörigen wesentlich gemildert und ein Ausgleich mit dem allgemeinen Erbrecht geschaffen. Weiter werde die Rechtsstellung der Fideikommissgläubiger erheblich verbessert. Erfreulicherweise habe der Ausschuss die Verschleppung des Entwurfs verurteilt. Dagegen gehe der Beschluß des Rechtsausschusses, als Stichtag den 1. Juli 1940 festzusetzen, zu weit.

Die Öffentlichkeit könne nicht verstehen, daß der kategorischen Anordnung der Reichsverfassung, die Fideikommissse zu auflösen, bis heute nicht entsprochen sei.

Er bitte dringend, sich auf die mittlere Linie, d. h. auf 1928, festzusetzen. Die Änderung des Abfindungsrechts sei besonders notwendig, um unbillige und unangelegliche Auswirkungen des Fideikommissrechts zu mildern. Die Lebensfähigkeit der Fideikommissgüter werde dadurch nicht in Frage gestellt. Das im Entwurf beschleunigte Vorkaufsrecht sei überausbedauerlich von der Seite angegriffen, die sich bis jetzt für den Waldschuß eingelebt habe. Er hoffe zuversichtlich, daß nach der gründlichen Vorarbeit des Ausschusses der Landtag zu einer befriedigenden Lösung gelangt.

Abg. Dr. Deereberg (Dnat.) erklärt, daß die Vorlage nicht notwendig gewesen sei, da sich die Verhältnisse in bezug auf die Gläubiger und Abfindungsberechtigten bisher nicht ergeben hätten. Man wolle den Gläubigern das Recht des Eingriffs in das Stammvermögen nehmen. Er glaube nicht, daß die Vorlage verfassungsmäßig ist. Eine in dieser Hinsicht wegen des Verstoßes gegen die Verfassung des Staatsgerichtshofes (siehe im Besonderen zur Jurisprudenz des Reichsgerichts) für die Erhaltung des Rechtsstandes spiele es keine Rolle, ob Fideikommissse populär oder unpopulär sind.

Abg. Schmeizer (3.) stellt sich für seine Fraktion auf den Boden der Vorlage.

Abg. Schulz-Neufeld (Komm.) erklärt, daß die Kommunisten mit den Fideikommissen als rechtliche und ökonomische Erscheinung längst ausgedient hätten, wären sie zur Abschaffung gekommen. Die Vorlage sei durch die Schuld der Sozialdemokraten völlig unzureichend. Seine Fraktion verlange entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes.

Hierauf wird die Aussprache abgebrochen. — Das Haus verläßt sich auf Mittwoch, den 19. März, vormittags 10 Uhr, Tagesordnung: Abstimmung über das kommunistische Wähltrauersopium gegen den Wahlrechtsminister, Abstimmung über die Verlängerung der Hauszins- und Grundvermögenssteuer und über den Handelssekt. Fortsetzung der Aussprache über die Auflösung der Fideikommissse, kleinere Vorlagen.

zurück. Karten, die bis dahin nicht zurückgegeben sind, müssen besetzt werden.

20. WM. Bezirksversammlung für Schul- und Erziehungsausschüsse, 19 1/2 Uhr, Verlesung im Jugendheim der Schule Charlottenstr. 24, Vortrag: „Tom Citterbusch zur Schulbank“, Referent: Charlotte Dehnde.

20. WM. Erziehung, 19 1/2 Uhr, im Jugendheim der Schule Charlottenstr. 24, Vortrag: „Die Sparmaßnahmen der Stadt Berlin“, Referent: Dr. Richard Lehmann, die Bezirksleiter haben dazu ein.

Frauenveranstaltungen.

1. Kreis Friedrichshagen, heute, 19 1/2 Uhr, „Gemeinschaftsabend“ im Jugendheim der Schule, Landwehrstr. 11.

2. WM. Charlottenburg, heute, 20 Uhr, Konferenz, 4. u. 4. „Unter Abend“.

Bezirksauschüsse für Arbeiterwohlfahrt.

1. Kreis Wilmersdorf, Freitag, 21. März, pünktlich 20 Uhr, im Historienpark, Wilhelmstr. 10, Besprechung mit dem Genossen Kohn und Deimig: „Wirtschaftliche Wohnverhältnisse mit dem Gedanken eines Wohnungsamtes“. Wir bitten um zahlreiches Erscheinen aller Genossinnen und Genossen.

2. Kreis Tempelhof, Freitag, 21. März, pünktlich 20 Uhr, im Historienpark, Wilhelmstr. 10, Besprechung mit dem Genossen Kohn und Deimig: „Wirtschaftliche Wohnverhältnisse mit dem Gedanken eines Wohnungsamtes“. Wir bitten um zahlreiches Erscheinen aller Genossinnen und Genossen.

3. Kreis Prenzlauer Berg, Freitag, 21. März, pünktlich 20 Uhr, Besprechung des Bezirksvereins für Frauenhilfe, Charlottenburg, Berlin Str. 137, Das Erscheinen aller Parteigenossen und -genossinnen ist erforderlich. Die Führung findet statt unter Leitung eines Rates.

4. Kreis Friedrichshagen, Freitag, 21. März, 19 Uhr, im Rathaus Charlottenburg, Charlottenstr. 4, Runder Tisch, findet der Kreisversammlung der Arbeiterwohlfahrt statt. Tagesordnung: Jahresbericht und Bericht der Kreisleitung, Erscheinen aller in der Arbeiterwohlfahrt und Jugendvereine tätigen Genossen ist erforderlich. Besondere Eingebungen werden nicht.

Jungsozialisten.

Wilmersdorf, heute, 20 Uhr, im Jugendheim der Schule Charlottenstr. 24, Vortrag: „Die Bedeutung der Arbeiterwohlfahrt“, Referent: Dr. Richard Lehmann, die Bezirksleiter haben dazu ein.

Wilmersdorf, heute, 20 Uhr, im Jugendheim der Schule Charlottenstr. 24, Vortrag: „Die Bedeutung der Arbeiterwohlfahrt“, Referent: Dr. Richard Lehmann, die Bezirksleiter haben dazu ein.

Wilmersdorf, heute, 20 Uhr, im Jugendheim der Schule Charlottenstr. 24, Vortrag: „Die Bedeutung der Arbeiterwohlfahrt“, Referent: Dr. Richard Lehmann, die Bezirksleiter haben dazu ein.

Gruppe Genossinnenvereine, heute, 20 Uhr, im Jugendheim der Schule Charlottenstr. 24, Vortrag: „Die Bedeutung der Arbeiterwohlfahrt“, Referent: Dr. Richard Lehmann, die Bezirksleiter haben dazu ein.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Kreis Prenzlauer Berg, Die Gruppen geben bis Freitagabend, dem 19. März, im Jugendheim der Schule Charlottenstr. 24, an, wie viele Mitglieder mitbringen.

Geburtstage, Jubiläen usw.

1. WM. Kaiserin Elisabeth, heute, 20 Uhr, im Jugendheim der Schule Charlottenstr. 24, Vortrag: „Die Bedeutung der Arbeiterwohlfahrt“, Referent: Dr. Richard Lehmann, die Bezirksleiter haben dazu ein.

2. WM. Kaiserin Elisabeth, heute, 20 Uhr, im Jugendheim der Schule Charlottenstr. 24, Vortrag: „Die Bedeutung der Arbeiterwohlfahrt“, Referent: Dr. Richard Lehmann, die Bezirksleiter haben dazu ein.

3. WM. Kaiserin Elisabeth, heute, 20 Uhr, im Jugendheim der Schule Charlottenstr. 24, Vortrag: „Die Bedeutung der Arbeiterwohlfahrt“, Referent: Dr. Richard Lehmann, die Bezirksleiter haben dazu ein.

4. WM. Kaiserin Elisabeth, heute, 20 Uhr, im Jugendheim der Schule Charlottenstr. 24, Vortrag: „Die Bedeutung der Arbeiterwohlfahrt“, Referent: Dr. Richard Lehmann, die Bezirksleiter haben dazu ein.

5. WM. Kaiserin Elisabeth, heute, 20 Uhr, im Jugendheim der Schule Charlottenstr. 24, Vortrag: „Die Bedeutung der Arbeiterwohlfahrt“, Referent: Dr. Richard Lehmann, die Bezirksleiter haben dazu ein.

6. WM. Kaiserin Elisabeth, heute, 20 Uhr, im Jugendheim der Schule Charlottenstr. 24, Vortrag: „Die Bedeutung der Arbeiterwohlfahrt“, Referent: Dr. Richard Lehmann, die Bezirksleiter haben dazu ein.

7. WM. Kaiserin Elisabeth, heute, 20 Uhr, im Jugendheim der Schule Charlottenstr. 24, Vortrag: „Die Bedeutung der Arbeiterwohlfahrt“, Referent: Dr. Richard Lehmann, die Bezirksleiter haben dazu ein.

8. WM. Kaiserin Elisabeth, heute, 20 Uhr, im Jugendheim der Schule Charlottenstr. 24, Vortrag: „Die Bedeutung der Arbeiterwohlfahrt“, Referent: Dr. Richard Lehmann, die Bezirksleiter haben dazu ein.

9. WM. Kaiserin Elisabeth, heute, 20 Uhr, im Jugendheim der Schule Charlottenstr. 24, Vortrag: „Die Bedeutung der Arbeiterwohlfahrt“, Referent: Dr. Richard Lehmann, die Bezirksleiter haben dazu ein.

10. WM. Kaiserin Elisabeth, heute, 20 Uhr, im Jugendheim der Schule Charlottenstr. 24, Vortrag: „Die Bedeutung der Arbeiterwohlfahrt“, Referent: Dr. Richard Lehmann, die Bezirksleiter haben dazu ein.

11. Kreis Schöneberg, 77. WM. am Sonntag, dem 18. März, verstarb unser Genosse, der Soldat Wilhelm Müller, Charlottenstr. 64. Wir vermissen in dem Genossen Müller einen treuen Kameraden, der über ein Beispiel nachläßt in der Bewegung. Heute feiern wir seinen Geburtstag. Einsetzung am Sonntag, dem 18. März, 17 Uhr, im Arbeiterheim Wilmersdorf. Wir bitten um viele Beteiligung.

12. Kreis Schöneberg, 77. WM. am Sonntag, dem 18. März, verstarb unser Genosse, der Soldat Wilhelm Müller, Charlottenstr. 64. Wir vermissen in dem Genossen Müller einen treuen Kameraden, der über ein Beispiel nachläßt in der Bewegung. Heute feiern wir seinen Geburtstag. Einsetzung am Sonntag, dem 18. März, 17 Uhr, im Arbeiterheim Wilmersdorf. Wir bitten um viele Beteiligung.

13. Kreis Schöneberg, 77. WM. am Sonntag, dem 18. März, verstarb unser Genosse, der Soldat Wilhelm Müller, Charlottenstr. 64. Wir vermissen in dem Genossen Müller einen treuen Kameraden, der über ein Beispiel nachläßt in der Bewegung. Heute feiern wir seinen Geburtstag. Einsetzung am Sonntag, dem 18. März, 17 Uhr, im Arbeiterheim Wilmersdorf. Wir bitten um viele Beteiligung.

14. Kreis Schöneberg, 77. WM. am Sonntag, dem 18. März, verstarb unser Genosse, der Soldat Wilhelm Müller, Charlottenstr. 64. Wir vermissen in dem Genossen Müller einen treuen Kameraden, der über ein Beispiel nachläßt in der Bewegung. Heute feiern wir seinen Geburtstag. Einsetzung am Sonntag, dem 18. März, 17 Uhr, im Arbeiterheim Wilmersdorf. Wir bitten um viele Beteiligung.

15. Kreis Schöneberg, 77. WM. am Sonntag, dem 18. März, verstarb unser Genosse, der Soldat Wilhelm Müller, Charlottenstr. 64. Wir vermissen in dem Genossen Müller einen treuen Kameraden, der über ein Beispiel nachläßt in der Bewegung. Heute feiern wir seinen Geburtstag. Einsetzung am Sonntag, dem 18. März, 17 Uhr, im Arbeiterheim Wilmersdorf. Wir bitten um viele Beteiligung.

16. Kreis Schöneberg, 77. WM. am Sonntag, dem 18. März, verstarb unser Genosse, der Soldat Wilhelm Müller, Charlottenstr. 64. Wir vermissen in dem Genossen Müller einen treuen Kameraden, der über ein Beispiel nachläßt in der Bewegung. Heute feiern wir seinen Geburtstag. Einsetzung am Sonntag, dem 18. März, 17 Uhr, im Arbeiterheim Wilmersdorf. Wir bitten um viele Beteiligung.

17. Kreis Schöneberg, 77. WM. am Sonntag, dem 18. März, verstarb unser Genosse, der Soldat Wilhelm Müller, Charlottenstr. 64. Wir vermissen in dem Genossen Müller einen treuen Kameraden, der über ein Beispiel nachläßt in der Bewegung. Heute feiern wir seinen Geburtstag. Einsetzung am Sonntag, dem 18. März, 17 Uhr, im Arbeiterheim Wilmersdorf. Wir bitten um viele Beteiligung.

Weißer Zähne

machen jedes Antlitz ansprechend und schön. Oft schon durch einmaliges Putzen mit der herrlich erfrischend schmeckenden Chlorodont-Zahnpaste erzielen Sie einen wundervollen Elfenbeinglanz der Zähne, auch an den Seitenflächen, bei gleichzeitiger Benutzung der dafür eigens konstruierten Chlorodont-Zahnbürste mit gezahntem Borstenschnitt. Faulende Speisereste in den Zahnzwischenräumen als Ursache des üblen Mundgeruchs werden gründlich damit beseitigt. — Chlorodont: Zahnpaste, Mundwasser, Zahnbürste

Einheitspreis 1 Mark bei höchster Qualität — Man verlange nur echt Chlorodont in blau-weiß-grüner Originalpackung und weise jeden Ersatz dafür zurück.

Einheitspreis 1 Mark bei höchster Qualität — Man verlange nur echt Chlorodont in blau-weiß-grüner Originalpackung und weise jeden Ersatz dafür zurück.

Einheitspreis 1 Mark bei höchster Qualität — Man verlange nur echt Chlorodont in blau-weiß-grüner Originalpackung und weise jeden Ersatz dafür zurück.

Einheitspreis 1 Mark bei höchster Qualität — Man verlange nur echt Chlorodont in blau-weiß-grüner Originalpackung und weise jeden Ersatz dafür zurück.

Prestige-Dividende einer Großbank

Waren die Fusionen der Commerz- und Privatbank ein Erfolg?

Doch die Jahresabschlüsse der Großbanken für 1929 der Öffentlichkeit einige Rätsel aufgeben würden, war zu erwarten. Aber die Commerz- und Privatbank A.-G., die als erste der großen Depositenbanken ihren Bericht veröffentlicht und die im vergangenen Jahre die sehr bedeutende Mitteldeutsche Creditbank (Kapital 22 Mill.), ferner die Braunschweigische Bank- und Kreditanstalt (5 Mill.) und die Aachener Bank für Handel und Gewerbe (0,6 Mill.) mit sich verschmolzen hat, gibt diese Rätsel in überraschend maffiwer Form. Im Geschäftsbericht heißt es: „Die Erhöhung unserer Ziffern in den Debitoren und Kreditoren, in welchen die im ersten Viertel des Berichtsjahres durchgeführte Vereinigung mit der Mitteldeutschen Creditbank, der Aachener Bank für Handel und Gewerbe und der Braunschweigischen Bank und Kreditanstalt zum Ausdruck kommt, zeigt die günstige Entwicklung unserer laufenden Geschäfte.“ Wie steht es mit dieser günstigen Entwicklung?

Damit steht es nun ziemlich merkwürdig. Da für die Mitteldeutsche und die Braunschweigische Bank nur Ziffern für 1927 vorliegen — wir vernachlässigen ganz die kleine Aachener Fusion — müssen zum Vergleich die Abschlussziffern der Commerzbank von 1928 und die der Mitteldeutschen und der Braunschweigischen für 1927 abdiert werden. Dabei zeigt sich, daß die Commerz- und Privatbank 1929 nur 1585,6 Mill. Kreditoren ausweist gegenüber 1542 Mill., die sich aus den Fusionen ergibt, so daß der Kreditorenzuwachs außerordentlich gering sein muß, da die Ziffern der Fusionsbanken so für 1927 gelten. Beim Umsatz dürfte sich, da die Mitteldeutsche für 1927 schon 15 Milliarden ausgewiesen hat, unter Einrechnung der Braunschweigischen Bank überhaupt keine Steigerung ergeben, obwohl man nominell mit einer Umsatzerhöhung von 120 auf 130 Milliarden aufwarten kann.

Steht man sich die Aktienseite an, so zeigt sich bei den herausgegebenen tausenden Krediten sogar ein Rückgang von rund 800 auf 783,7 Mill. Mark, und auch diese Ziffer konnte nur dadurch erreicht werden, daß man den amerikanischen 20-Mill.-Dollarkredit von 1925 auf der Aktivseite teilweise — im Gegensatz zu früher — den Debitoren zugerechnet hat. Im Wechselgeschäft ergibt sich unter Berücksichtigung der Fusionen — immer ohne die Aachener Bank — eine Steigerung von 343 auf 390, bei den Vorläufen auf schwimmende und lagernde Waren eine Steigerung von 209 auf 253 Mill., während die Börsen- und Lombardgelder von 146 auf 124,8 Mill. zurückgegangen sind. Auch hier, bei den Gegenständen für die fremden Gelder, läßt sich im ganzen also kaum von einer günstigen Entwicklung sprechen.

Die Konsequenz zeigt sich auch in der Gewinn- und Verlustrechnung, auch wenn man die Fusions- und Abkehrkosten

für abgebautes Personal noch so hoch einrechnet. Früheren Gesamteinnahmen von 76,9 Mill. steht nach den Fusionen nur dieselbe Summe von 76,9 Mill. gegenüber. Die Handlungsunkosten sind von 54,0 auf 53,9 Mill., die Steuern von 9,3 auf 10,2 Mill. gestiegen, und der Gewinn ist von 13,8 auf 10,2 Mill. zurückgegangen. Aus diesem erheblich gesunkenen Gewinn werden aber wie im Vorjahr 11 Proz. Dividende verteilt, und zwar auf ein Kapital von nicht 60, sondern jetzt von 75 Mill.!

Bei bestenfalls gleichgebliebenem Umsatz, kaum vermehrten fremden Geldern ist also das Kapital um 25 Proz. erhöht, und dieses erhöhte Kapital erhält die gleiche Dividende wie in dem vorhergehenden Jahre, das nach einer Refordbauktion gebracht hatte! Die Reserven der Bank sind zwar um 2,38 Mill. gestärkt worden, aber nicht aus dem eigenen Reingewinn, sondern aus den Reserven der übernommenen Banken. Man wird annehmen können, daß die Dividende aus den voll ausgeschöpften Einnahmen gezahlt worden ist. Aber man hat es ganz offenbar angehts des Stillstandes der Geschäfte mit einer Prestigedividende zu tun, die nicht unerhebliche Zweifel in dem geschäftlichen Erfolg der durchgeführten Fusionen anstehen lassen. Es wird gesagt, daß die offenen Verluste aus dem vorigen Jahr — man sieht auch bei dem Fävo-Ergebnis ziemlich in der Linie — bereits abgeschrieben oder durch entsprechende Reserven gedeckt sind. Sicher hat man aber zu dieser Deduktion sehr erhebliche Beträge aus dem Verkauf freigewordener Bankgebäude heranziehen müssen.

Daß der Druck zum Abbau der Unkosten unter diesen Umständen stark empfunden wurde, ist weiter kein Wunder. Diesen Druck haben die Angestellten in erster Linie empfunden. Durch die Fusionen halbierte sich die Angestelltenzahl auf 9378 erhöht, sie wurde aber schleunigst durch entsprechenden Abbau wieder auf 8525 gesenkt, obwohl das Filial- und Kassennetz sich nicht unerheblich erweitert hat.

Dieselbe Sparsamkeit hat man freilich bei den Aufsichtsräten nicht angewandt, deren Zahl im ganzen bei den Fusionen einfach addiert sein dürfte. Obwohl die Gewinnrechnung keineswegs erfreulich ist, erhalten die Aufsichtsräte — soweit das offen erkennbar ist — statt 388 000 jetzt 768 000 Mark ausgezahlt. Das ist der Hauptpunkt auf diesem Prestigeabschluß einer Großbank, der zwar infolge der Unklarheit und Zifferverfälschung der Bilanz — für die Bank- und Wirtschaftsentwicklung im vorigen Jahre nichts beweist, aber einige Kopfschmerzen darüber hervorruft, wie weit unsere Bankenfürer zur Rationalisierung des Bankgewerbes fähig sind, wo Fusionen den Ausgangspunkt zu geben scheinen.

haben, die Beamtengewerkschaft an das Hochkapital auszuliefern. Die Beamtendenken wollen auch fernerhin geschlossen zur Reichszentralkasse der Deutschen Beamtendenken stehen und zur Preussischen Zentralgenossenschaftskasse, da nur im Zusammenhang mit diesen Stellen eine gesunde Entwicklung der Beamtengewerkschaft auf der Grundlage der Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung gewährleistet sei.

Reichsbank hat wenig zu tun.

Dürfte noch eine fünfte Diskontierung notwendig werden?

Der Reichsbankausweis vom 15. März zeigt wieder eine beträchtliche Abnahme der Reichsbanktätigkeit. Die Wechselbestände sanken um 278,7 auf 1630,4, die Lombarddarlehen um 27,2 auf 68,3 Millionen. Die in der Vorwoche noch vorhandenen 15 Mill. Reichsbankwechsel wurden voll ausverkauft. Banken und Wirtschaft haben die Reichsbank zur Monatsmitte, die sonst immer eine Anspannung bringt, also überhaupt nicht in Anspruch zu nehmen brauchen. Auf dem Konto der fremden unverzinslichen Gelder zeigt sich — wahrscheinlich durch Abzüge öffentlicher Stellen — ein Rückgang um 61,8 auf 438,5 Mill.

Dagegen hat sich die Währungsfrage von neuem stark verbessert. Der Rotenlauf hat um 214,2 auf 4266 Mill., aber die Goldbestände haben um 18,3 auf 2480,7, die Devisenbestände um 10,1 auf 411,9 Mill. zugenommen. Die umlaufenden Noten waren zur Monatsmitte durch Gold und Devisen wieder mit 67,8 Proz. gedeckt gegen 63,9 Proz. in der Vorwoche, so daß in der dritten Märzwoche bei weiterer Erleichterung der Reichsbanklage von neuem mit einer Refordbauktion zu rechnen sein wird.

Ein so unerfreuliches Zeichen für die Wirtschaftslage die geringe Inanspruchnahme der Reichsbank ist, so ist es doch keineswegs ausgeschlossen, nachdem auch der März-Diskonto wahrscheinlich keine übermäßige Beanspruchung bringen wird, daß die Reichsbank im Laufe des April eine neue Diskontierung erwägen muß. Diese Überlegung liegt um so näher, als man in London, wo der Privatdiskontsatz auf 2,8 gegenüber einem Bankfuß von 4 Proz. zurückgegangen ist, von der Wahrscheinlichkeit einer weiteren Diskontierung auf 3½ Proz. bereits ernsthaft spricht.

Maschinenfabrik Wolf-Budau 10% Dividende

Erwerb der Stahlgießerei Gruson.

Der Magdeburger Maschinenkonzern Wolf-Budau, dessen Werke zu den rentabelsten Betrieben des mitteldeutschen Maschinenbaus gehören, verteilt für das Geschäftsjahr 1929 wieder die hohe Dividende von 10 Proz.

Trotz Erhöhung der Betriebsgewinne von 8,78 auf 9,15 Millionen Mark und entsprechender Umsatzerhöhung sind die allgemeinen Unkosten mit 6,7 Millionen Mark fast unverändert geblieben. Nach Abzug der beträchtlich erhöhten Abschreibungen von 1,12 Millionen Mark wird ein Reingewinn von 1,43 Millionen Mark ausgewiesen. Der Auftragsbestand im letzten Jahre war ungleich. Während sich für Brille-Anlagen die Konjunktur offensichtlich verschlechterte, blieb die Beschäftigung im Baggerbau gut.

Die Gesellschaft hat die Stahlgießerei Gruson in Magdeburg erworben, die die modernste Anlage dieser Art in Mitteldeutschland darstellt. Damit ist die Wolf-Budau AG, die einen sehr großen Bedarf an Stahlgießerei hat, in den Besitz einer hervorragenden Stahlgießerei gelangt. Der Umsatz des Grusonwerkes belief sich im letzten Jahre auf 6 Millionen Mark. Für die Finanzkraft der Maschinenfabrik Wolf-Budau AG. ist es bezeichnend, daß sie die Beschmelzungskosten ohne Erhöhung des Aktienkapitals, also mit den vorhandenen Betriebsmitteln durchführen kann.

Der Zementabsatz im Februar. Obwohl der Zementverkauf im Monat Februar mit 294 000 gegen 315 000 Tonnen im Vormonat einen kleinen Rückgang aufwies, kann aus dieser Abminderung doch auf eine leichte laianmäßige Belebung in dieser Baustoffindustrie geschlossen werden, da sich arbeitsmäßig ein höherer Absatz ergibt. Im Februar 1929, in dem die Rückfälle ihren Höhepunkt erreichte, sank der Zementabsatz auf den Rekordniedrigstand von 86 000 Tonnen. Dieser Monat ist also wegen der elementaren Einflüsse nicht vergleichbar. Dagegen zeigt der entsprechende Monat von 1928, wie schnell in dem betreffenden Jahr die Bauwirtschaft angefahren wurde, denn mit einem Abschlag von 502 000 Tonnen kamen fast 70 Proz. mehr zum Versand als im Februar d. J.

Großer Verlust bei der Hanomag. Die Hannoverische Maschinenbau A.-G. (Hanomag) weist für das Geschäftsjahr 1929 einen Verlust von rund 700 000 M. auf. Zu seiner Deckung sollen die offenen Reserven herangezogen werden. Der Verlust entfällt hauptsächlich auf die Umstellung im Automobilbau und die schlechte Beschäftigung im Lokomotivbau. Zur Zeit ist die Lokomotivfabrik der Hanomag durch einige größere Serienaufträge auf Monate hinaus voll beschäftigt. Auch der Absatz des neuen Automobiltyps geht nach Mitteltungen der Verwaltung statt von hinten.

Loewe-Radio wird umgeändert. Die bisherige Loewe-Radio G. m. b. H. in Berlin-Stechow ist jetzt unter dem Titel Radio A.-G. Loewe, Berlin in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 1,5 Millionen Mark verwandelt worden. Die Gesellschaft ist hauptsächlich in der Herstellung von Radio-Empfängerapparaten tätig. In dieser Umänderung durch den Prozeß, den die frühere Loewe-Radio G. m. b. H. gegen sie anstrengt hat, gewonnen worden. Die Gesellschaft verfügt über einen hochwertigen Patentschutz und beschäftigt in der Saison bis zu 2000 Arbeiter. In der unbefriedigenden Wirtschaftslage wird der gegenwärtige Beschäftigungsgrad als durchaus zufriedenstellend festgestellt.

Oskar Staller wächst — der Name verschwindet. Die Oskar Staller A.-G. Berlin, die bekannte Sanitäts- und Krankenhausfirma, hält am 5. April eine Generalversammlung ab, in der die Verschmelzung mit der auf demselben Gebiet arbeitenden Max Rahnmann A.-G. Berlin beschlossen werden soll. Die Rahnmann A.-G. wird von der Oskar Staller A.-G. übernommen, diese erhöht ihr Kapital um 0,80 Millionen auf 1,56 Millionen Mark, ändert ihren Namen aber in Max Rahnmann A.-G. ab.

Landtagswahl in optimistisch. Die Tabis (Landtagswahl) A.-G. in Berlin hat jetzt den Geschäftsbericht für ihr erstes neun Monate umfassendes Betriebsjahr veröffentlicht. Der geringe Reingewinn von 7000 M. will für die Entwicklung dieses Unternehmens nichts besagen, da in diesem Dreivierteljahr der Betrieb erst angefahren werden mußte. Der Vorstand sieht die Zukunft in ziemlich rosigem Lichte, da er der Standpunkt vertritt, daß die Umstellung vom stummen zum Tonfilm auch in Deutschland endgültig sei. Man könne bereits für das laufende Geschäftsjahr, das im Juni 1930 endet, mit einem guten Gewinnergebnis rechnen.

Die zweite Linoleumverteuerung.

Eine verfehlte Rationalisierung.

Zu diesem von uns am 6. März behandelten Thema erhalten wir folgende sehr beachtliche Zuschrift.

Wir sind in der Lage, das vom „Vorwärts“ am 6. März gezeichnete Bild zu ergänzen, woraus hervorgeht, daß die Erhöhung der Linoleumpreise undерсhigt ist und die Schärpfung der Verbraucher als Zweck der Verknüpfung augenscheinlich wird.

Die Zusammenlegung der Betriebe hat nachweislich zur Typisierung unter Verringerung der Sortenzahl geführt und die einzelnen Anlagen zu höherer Leistung gebracht, weil nur noch bestimmte Sorten in den einzelnen Fabriken hergestellt werden. Daß von der Linoleum-A.-G. wesentliche Neuerungen in der Maschinentechnik herbeigeführt sind, ist nicht bestritten worden. Dagegen ist die

menschliche Arbeitskraft in den Betrieben des Linoleumtruffs in fast empörend erfolgreicher Weise „rationalisiert“ worden.

Man hat das sogenannte Bedaug-System dort eingeführt. Von diesem Bedaug-System sagt Professor Dr. Kglar, Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Arbeitsphysiologie in seiner Ansprache bei der Einweihung des Neubaus des Kaiser-Wilhelm-Instituts in Dortmund am 23. Oktober 1929, daß die Erfahrungen mit dem Bedaug-System den Arbeitswissenschaftlern eine erste Warnung sein müssen. Das Bedaug-System setzt sich über die wissenschaftlichen Forschungsarbeiten glatt hinweg, behauptet wissenschaftlich die Leistungsmöglichkeit der Arbeiter erforscht zu haben, während es den Unternehmern nur vorübergehend unter Außerachtlassung der Gesundheit der Arbeiter höhere Leistungen sichert.

An Hand feststehenden Materials kann nachgewiesen werden, daß nach der Einführung des Bedaug-Systems bei gleichbleibender Arbeitszeit 18 Arbeiter eine Leistung von 2400 Meter pro Tag erzielen, wo vor Einführung des Bedaug-Systems 22 Arbeiter nur 1200 Meter lieferten. In diesem Falle beträgt die Leistungssteigerung 130 Proz., während der Lohnaufwand auf das Produkt bezogen nur 25 Proz. gesenkt wurde.

In einem anderen Falle ist wiederum bei gleichbleibender Arbeitszeit die Arbeitsleistung von 12 auf 14 Einheiten gestiegen, während die Arbeiterzahl von 14 auf 9 verringert wurde. Das ergibt eine Leistungssteigerung von 50 Proz.

In einem anderen Falle wurden bei gleicher Arbeitszeit von 6 Arbeitern 15 Arbeitseinheiten erreicht, während vor Einführung des Bedaug-Systems 12 Arbeiter nur 12 Einheiten herstellten. In diesem Fall beträgt die Leistungssteigerung 150 Proz.

Diese Leistungssteigerungen nach dem Bedaug-System, deren Aufzählung beliebig erweitert werden kann, sind ohne technische Veränderungen im wesentlichen nur durch größere Antreibereine erreicht worden. Es wird zugegeben, daß die Arbeiter zum Teil mehr als früher verdienen; aber ganz allgemein sind durch diese

ungeheure Leistungssteigerung die Lohnkosten im Verhältnis ganz erheblich gesunken.

Aus dieser Tatsache ergibt sich ebenfalls, daß die Preissteigerungen für Linoleum unberücksichtigt sind.

Es darf dabei aber nicht unerwähnt bleiben, daß unter den früheren Arbeitsbedingungen, wo gewöhnliche Akkordarbeit vorherrschte, die Arbeiter befriedigende Löhne erzielten und die Deutsche

Linoleum-A.-G. 15 Proz. Dividende verteilen konnte. Der durch die Rationalisierung ermöglichte Löhnerdienst, der nicht nur aus der Vereinfachung der Produktion, sondern, wie hier nachgewiesen, zum erheblichen Teil auch aus erhöhten Leistungen der Arbeiter und damit verbundener Lohnsenkung resultiert, kam niemals den Verbrauchern zugute. Die ungesunde Preispolitik hat zu einer Abschädung geführt. Den letzten Anstoß dazu scheint die neueste Preiserhöhung am 1. Februar gegeben zu haben. In fast allen Betrieben der Linoleum-A.-G. sind in den letzten Wochen die Lagerbestände gewachsen und in mehreren Fabriken sind auch Arbeiterentlassungen vorgenommen worden.

Wir haben es also beim Linoleumtruff in der Tat mit einer volkswirtschaftlichen Fehlrationalisierung durch falsche Preispolitik zu tun und mit einer künstlichen Verhärtung der Wirtschaftskrise, die nicht Privatfrage des Linoleumtruffs sein kann. Die Preisgestaltung mühle den monopolistischen Truffs und Kartellen entzogen und unter ständige Kontrolle gebracht werden. G. H.

Die Not auf dem Pfandbriefmarkt.

Stadtschaft der Provinz Brandenburg berichtet.

Die Stadtschaft der Provinz Brandenburg befaßt sich in ihrem jetzt vorliegenden Jahresbericht für 1929 eingehend mit den großen Schwierigkeiten des Pfandbriefabzuges im vergangenen Jahre. Danach müßte bei der allgemeinen Versteifung auf dem Kapitalmarkt für langfristige Anlagen der Pfandbriefmarkt besonders leiden. Die Abnahmefähigkeit für Pfandbriefe reicht im Berichtsjahr daher bei weitem nicht aus, um der immer noch steigenden Nachfrage nach ersten Hypotheken insbesondere zur Finanzierung der Neubautätigkeit nachzukommen.

Der Preussischen Zentral-Stadtschaft selbst ist es trotz dieser allgemeinen Schwierigkeiten gelungen, im Berichtsjahre insgesamt 33 Millionen Goldpfandbriefe abzusetzen, von denen 10,6 Millionen auf die brandenburgische Stadtschaft entfallen. Mit einer Bezeichnungssumme von 9,1 Millionen war die Stadtschaft an der Finanzierung von 1227 Neubauwohnungen beteiligt. Von dem ausgewiesenen Uberschuß von 209 000 Mark werden 150 000 Mark dem Sicherheitsfonds zugewiesen, womit sich die ausgewiesenen Reserven der Stadtschaft auf insgesamt 1,1 Mill. erhöhen.

Protest genossenschaftlicher Beamtendenken.

Vor einigen Wochen hat sich die Beamtenzentralbank Berlin überraschenderweise der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft angeschlossen. Jetzt hat eine Vertreterversammlung der in der Reichszentralstelle vereinigten Deutschen Beamtendenken gegen dieses Zusammengehen einer Beamtendenk mit einer privaten Großbank laut protestiert.

Im Namen von 250 000 in den genossenschaftlichen Beamtendenken zusammengeschlossenen Beamten wird schärfster Einspruch gegen die in dem Zusammengehen der Beamtenzentralbank Berlin mit einer Großbank erfolgte Preisgabe des Genossenschaftsgedankens und gegen den Versuch er-

Siegfried auf Komodo

Im Kampf mit dem Urweltreijen

Die Ausgeburt der Hölle, das Schreckensgepeist der Träume, die Spulgestalt des Märchens: der Drache lebt! Der Amerikaner E. Douglas Burden hat auf der Insel, zu Niederländisch-Indien gehörenden Insel Komodo die letzten Nachkommen der vorflutlichen Saurier gefunden. Es sind echte Drachen, drei Meter lang, doppelgüngig wie jeder richtige Lindwurm, und ihr zahnbewehrter Rachen folgt das Viertel eines wilden Schweins mit einem einzigen Biß. In seinem demnächst bei Bradhaus erscheinenden Buch „Drachenechsen, eine Forscherfahrt zu den Baranen auf Komodo“ entwirft Burden ein anschauliches Bild von einem Kampf mit einem dieser Urweltreijen: „Die Eingeborenen hatten im „Urwald“ eine Eidechse festgestellt, die nach ihren Erzählungen das größte „boesa darat“, das fürchtbarste Bandkrofdil, sein sollte, das sie je gesehen. Es war ein sehr vorsichtiger Bursche. Um ihn lebend in unsere Gewalt zu bekommen, bauten wir am Rande des Dickichts eine Falle und bestärkten sie sorgfältig. Wir wollten uns in der Nähe hinter einem Beobachtungsschirm sehen, um sofort zur Hand zu sein und den Gesangenen fesseln zu können. Desofte schloß einen alten Baß, und die Farbigen errichteten die Falle. Rings um das tote Tier wurden starke Pfähle so in den Boden gerammt, daß nur die eine Seite offen blieb. Die einzelnen Pfähle wurden dann fest durch Seile verbunden und das Ganze sorgfältig mit Zweigen und Blättern verblendet. Ein fröhliches Bäumchen sollte den Drachen hochziehen. Wir hieben Zweige ab und banden ein Tau an die Spitze. Fünfzehn Träger mußten den Stamm niederbiegen, dann wurde die Schlinge vor dem Falleneingang angebracht.

Kleinere Eidechsen hatten wir genug gefangen, auf sie legten wir keinen Wert mehr und wollten daher verschälen, daß sie etwa die mühsam zurechtgebastelte Auslösung in Lästigkeit setzen. Kam es dazu, so wurde der Alte ziemlich sicher vergrämt, denn wahrscheinlich lungerte er in nächster Nähe herum, um zu sehen, ob die Luft rein war. Daher befestigten wir an der Springfalle einen Strich, der über den Boden in den Schirm lief. Der Baum konnte nicht aufschließen, ohne daß man an der Schnur zog. So hatten wir es ganz in der Hand, den Drachen im richtigen Augenblick in die Luft fliegen zu lassen. Natürlich war der Strich sorgfältig mit Blättern zugedeckt und auch der Schirm hinter Laubwerk gut verborgen. Um sicher zu gehen, probte ich die Vorrichtung mehrfach aus. Es klappte: sowie ich an der Leine riß, schnellte der Baum hoch. Ich sah schon das Untier in der Höhe schweben und aus Selbstbestrafen sich wehren und strampeln. Desofte hatte die ganze Anlage ausgedacht und gebaut; man muß sagen, sie machte seiner Erfindungsgebe und Geschicklichkeit alle Ehre.

Am nächsten Morgen waren wir sehr früh zur Stelle. Der Räder verbreitete weithin einen fürchterlichen Duft, wir konnten also mit baldigem Eidechsenbesuch rechnen. Wir sahen in unserer „homa“ und schwachten gewisslich. Das durften wir ruhig wagen, wie ich schon früher sagte, die Drachen sind stottdaub. Allmählich aber fühlten wir uns in dem engen menschengefüllten Loch recht unbehaglich. Die Sonne stand schon ziemlich hoch, die Drachen mußten untermwegs sein; so hielten wir sorgsam Ausgud. Eine kleine Eidechse erschien und machte sich an der Halle zu schaffen. Bald kam auch eine größere, die sofort in die Umzäumung hineinspazierte und versuchte, den Bod wegzuschleppen. Ihr Bemühen blieb erfolglos, denn wir hatten so etwas vorausgesehen und den Räder festgebunden. Mitten in ihrer Lästigkeit sah sie plötzlich auf und stob, als wäre der Teufel hinter ihr her, in das Dickicht. Ich sagte zu den anderen: „Jetzt wird gleich der große Drache kommen“, und wies sie an, sich bereit zu halten. Eine halbe Stunde verging jedoch, ohne daß wir etwas hörten oder sahen. Da stieß einer der Leute einen dumpfen Laut aus und schaute unter Zeichen höchster Erregung sich nach seinen Gefährten um. Ich legte durch die Hinterwand des Schirms. Himmel! Was meine Augen erblickten, war wirklich ein Drache, ein echtes Ueberbleibsel der jurächtbaren Urgeheuer, die vor Jahrmillionen lebten.

Sein schwarzes Auge war auf den Schirm gerichtet. Ich stand wie versteinert. Nun tat er ein paar Schritte vorwärts: gerade auf uns zu nahm er den Weg. Der Eingeborene, der das Schweiß perft gesehen hatte, war vom Schrecken völlig überwältigt. Ganz nahe hatte ich das Untier vor mir. Tief in den Höhlen lagen die Augen, unter den überhängenden Brauen horror musterten sie alles nichttrauisch genau. Jetzt war das schwere Trappfen des Tieres deutlich zu hören. Dicht am Schirm strich es vorbei, ich hätte es mit der Hand berühren können. Als der Drache vor der Falle angefangen war, stand er eine geraume Zeit, ohne sich zu rühren. Er schien sehr argwöhnisch zu sein und der Sache gar nicht zu trauen. Dann machte er einige Schritte auf den Eingang zu, berührte auch mehrfach die Schlinge, ging aber nie weit genug. Er unterzochte alles ganz genau, wobei die lange Junge immerwährend in Bewegung war. Als wir meinten, jetzt würde er den entscheidenden Schritt tun, machte er leicht, trollte ein Stückchen zurück, setzte sich hin und starre minutenlang in die Nahrung. Das wiederholte sich immer und immer wieder. Das Wort wurde mir unerträglich, ich fieberte fast vor Erregung.

Pflichtig lief der Drache auf den Eingang zu, trat durch die Schlinge und ergriff den Räder. Ich riß an der Leine, der Baum schnellte hoch, und im nächsten Augenblick wurde der Ueberroste in die Höhe gerissen. Aber da ertönte ein lautes Krachen, er fiel zur Erde zurück, das Seil spannte sich scharf an, und der Baum bog sich bis fast zum Zerplatzen. Unsere Beute war flakt in der Luft am Boden, das rasende Tier zerrte und riß an seinen Fesseln. Die Beute liefen hinaus; dies vermehrte die Aufregung des ekelhaften Geschöpfes, und es begann sich zu erbrechen. Die Farbigen mochten sich nicht näher als auf einige Meter heran; so mußte denn Desofte in Lästigkeit treten. Er hatte sich in den letzten Monaten im Laffo- wesen geübt; jetzt konnte er seine Kunst zeigen. Ein merkwürdiges Paar, der alte Wäper und sein tobender Begner, dem vor ohnmächtiger Wut der Geifer in Floden vom Maul troff. Ein paar mal wozf Desofte den Bass, und bald war der Riese gefesselt und die Gefahr gebannt. Die Beute kamen mühtig mit dem Tragballen an, schoben ihn, dem Drachen zwischen die gefesselten Beine und zogen zum Lager. Dort brachten wir den Gesangenen in einen besonders gebauten großen rechteckigen Käfig unter und lösten die Leine. Kaum fühlte sich das Untier von den Bänden befreit, begann es wieder fürchterlich zu toben. Wieder erbroch es sich; der Gestank war so unerträglich, daß wir flüchteten.

Eine wundervolle Nacht folgte diesem aufregenden Tag. Ueber dem Wald stand freundlich lächelnd der Mond. Alles im Lager schlief, nur der Drache rumorte in seinem Käfig. Am Morgen entdeckten wir dann zu unserer größten Bestürzung, daß sich das Tier davongemacht hatte. Wahrscheinlich durchstreift es noch heute die düsteren Nahrungeln seiner Insel. Für uns war dies die herbste Enttäuschung der ganzen Reise. Wir wären unserer Sache so sicher gewesen, daß wir noch nicht einmal ein Bild von ihm gemacht hätten. Der Draht vor dem Luflsch in der Dede des Käfigs war der stärkste, der in Batavia aufzukleiden gewesen war; er war glatt gerissen. Der leere Kästen gähnte uns an und gab den Beweis einer Stärke, die wir nie für möglich gehalten hätten.

Der erste „Farben-Tonfilm“

Der erste löhende Farbengroßfilm der Welt, der den Titel „Cilly“ führt, wurde soeben in Berlin vorgeführt, und man konnte ein neues Verfahren kennen lernen, das zum erstenmal die Massenverwendung der Farbe im Tonfilm ermöglichte. Die Zahl der Farbfilmverfahren ist sehr groß. Unter allen diesen, wie z. B. „Kodakolor“, „Kodakolor“, „Herabfilm“, hat der verbesserte „Technicolor-Farbenfilm“ bisher in Amerika den Sieg errungen, obwohl auch er noch eine Menge Nachteile aufzuzählen hat. Das „Technicolor-Farbfilmverfahren“ ist ein Zweifarben-Filmverfahren, das sich der sogenannten „Subtraktion“ Methode bedient. Sein Vorzug besteht darin, daß es eine Art von Farbedruck für Filme herstellt. Die Bilder in einem farbigen Druckverfahren oder als farbige Kopierungen von einer eingefärbten Platte abgezogen werden, so kann man mit diesem Filmdruckverfahren farbige Kopien herstellen, die den Filmtheatern bereits in allen Farbtönen zur Verfügung gestellt werden, so daß besondere Apparaturen zur Erzeugung eines farbigen Films auf der Leinwand nicht notwendig sind. Dadurch kann jedes Filmtheater mit Hilfe dieser farbigen Kopien farbige Filme vortführen. Bei den anderen Systemen, den sogenannten „Additionen“, wird ein Schwarzweißfilm benutzt, der die Bilder durch verschiedenartige Filter hindurchwirft. Durch Farbaddition entsteht dann auf der Leinwand der Farbfilm. Es sind also hierbei besondere Apparaturen notwendig, um diese Veranlichung der einzelnen Farben durch die Farbfiler zu ermöglichen, da der Film selbst nicht farblich ist, sondern schwarzweiß. Es ist klar, daß die Anfertigung einer farbigen Kopie eine besondere Erleichterung des Geschäftes bedeutet.

Diese Kopie wird mit Hilfe von Matrizen hergestellt, die durch ein besonderes Verfahren mit Hilfe eines Zweifarbedrucks die Farbe auf ein Gelatineband ausdrucken. Die Nachteile des Technicolor-Verfahrens bestehen darin, daß die Farben nicht wendungsfähig

genug sind. Die Feinheiten der natürlichen Farbgebung lassen sich mit diesem System nicht zum Ausdruck bringen, da es nur ein Zweifarbedruckvorgang ist, der aus rot-gelb und blau-grün besteht. Die Bilder erhalten dadurch den Eindruck des Breiten und Gegenfälligen, und da sie sich den natürlichen Farbtönen nicht anpassen können, so wirken sie fremdartig und oft auch verstimmt. Die vorherrschenden Farben sind naturgemäß ein mattes Rot und ein helles Blaugrün. Dies zeigte sich auch bei der ersten Vorführung des Farbenfilms, denn auch braune Löne erschienen hellrot. Dagegen sind alle diejenigen Gegenstände, die in ihrer natürlichen Farbe den Filmfarben entsprechen, wie z. B. Blumen und Blätter, vorzüglich getroffen.

Zur Erzielung eines natürlichen Eindrucks ist mindestens ein Dreifarbenverfahren notwendig, und die First National Film Gesellschaft, die bereits die Mängel des Zweifarbensystems erkannt hat, erklärt, daß sie in der nächsten Zeit ein neues Dreifarbenverfahren besorgen wird, das die Firma „Technicolor“ bereits ausgearbeitet hat. Aus Amerika wurde gemeldet, daß die amerikanischen Farbfilme jetzt bereits die Feinheiten erstklassiger bunter Lithographien haben. Der Augenschein hat bewiesen, daß diese Redung mindestens verfrüht war. Es war auch nicht zu erwarten, daß derartige Fortschritte erzielt wurden, denn die guten Lithographien verwenden 16 bis 18 Farben, um alle die Halböne und feinen Schattien zu erzielen, die allein den Natureindruck machen. Vom Film wird man natürlich nicht derartige Feinheiten fordern dürfen und brauchen, da die Bilder ja nicht Kunstblätter sind, sondern rasch vor dem Auge vorüberfliegende Eindrücke. Bei dieser schnellen Bewegung kann das Auge nicht die jarten Lösungen erkennen wie bei der Betrachtung einer Lithographie. Es sind also Dreifarbedrucksysteme sicherlich ausreichend, um die Eindrücke der natürlichen Farben hervorzurufen.

Hausbau in 24 Stunden

In allen Ländern, die unter der Wohnungsnot zu leiden haben, wird man sich für die Erfindung des Amerikaners B. Fuller interessieren, der ein Einfamilienhaus in wenigen Stunden aufstellen will, so daß man nach Kauf eines Bauplatzes nur das Nötige zu veranlassen braucht, um das Haus am nächsten Tag beziehen zu können. Dieses „Dymarton“ genannte Haus hat fünf Zimmer, die 27 Meter über dem Boden liegen, und sieht aus wie ein Glaspaßion. Die Zimmer sind wie an den Werten eines Baumes an einem in der Mitte stehenden starken Stahlmast durch Drähte aufgehängt, so daß der Raum darunter für Auto- und Flugzeuggaragen freibleibt. Der Mast aus hohem Duraluminium ist ringsum mit Drähten gegen den Boden versteift. Ueber den Zimmern befindet sich noch ein flacher, der Erholung gewidmeter Bodenraum. Das Haus hat die Gestalt eines Würfels, bestehend aus fünf gleichseitigen Dreiecken, den Zimmern. Ein Dieselmotor im Innern erzeugt die im Haushalt nötige Kraft für Beleuchtung, Wasserversorgung und namentlich für den Betrieb des Lifts. Zwecks raschen Aufbaues sind die Einzelteile des Hauses fertig gegossen auf Lager. Es ist sicher gegen Pluten, Sturm, Feuer, Diebe, wird 6000 Pfund wiegen und 3000 Dollar kosten; seine Erholung erfordert nur 5 Dollar monatlich.

Die Hand / Eine Kriegserinnerung

Man schrieb 1917. Seit langem war der Krieg erstarrt, geworden. Die Schützengräben drüben und herüber tote Marslande. Nur die Teufel drinnen lebte, mochte, froh und sple Werberben. Wir im Graben gähnten. Gähnten, daß die Krieffernöchen auszuspringen drohten.

Halt, das Gähnen stockte, offen blieb der Mund, der Zeigefinger hob sich warnend: „Kannst du's hören — Hst, jetzt wieder.“ — „Was denn?“ — „Sie groden unterirdisch einen Sprengang — hörst du's klopfen?“ — „Unsan, in dir selber klopfen es, es ist biologische nachgewiesen, daß beim Gähnen hintern Vorhof des Gehörgangs ein Geräusch entsteht, das —“

Sein Vortrag stockte. Sein Oge war angepreßt am Graben, seine Augen wurden groß, seine Lippen wurden plötzlich rissig, wie verboranntes Alterland: „Wahrhaftig.“ flüster er heiser, „wahrhaftig — sie glauben unseren Graben leer — gut, daß ich einen Erbschallmesser habe.“

Er legte das Instrument ans lockere Gebein. Ein Nadelzeiger spielte über einem Kreis von Ziffern, hielt jetzt starr auf einer Zahl —

„St — 2 Meter 50.“

„Teufel, so nah!“

„Ach in Metern, eine hübsche Strecke aber nach der Zeit gemessen — vier, fünf Stunden, schön ich.“

Wir schwiegen, starrten auf die Zifferblätter unserer Uhren...

„Eine Stunde — noch zwei Meter...“

„Eine lange Weile.“ „Zwei Stunden — ein Meter fünfzig noch.“

„Nicht, hör mal, ob wir's nicht nach rückwärts melden sollten?“

„Können, meinst du? Würde einmal bei gerissenen Drähten — jedes Uhr soll repariert werden.“

„Für's Uhr stoßen sie hier durch.“

„Sie? Es ist nur einer. Zwei Haden klingen anders.“

Wieder lange, lange Zeit.

„Wenn sie unter unseren Füßen weitergraben und ihr Ziel verfehlen?“

Das Instrument lägt nicht. Haarscharf hier stößt ihre Hand durch.“ Er zeigte brusthoch an der Wand des Grabens.

„St, drei Stunden sind verlossen — einen Meter noch.“

„Nicht, nicht!“ „Wenn sie uns hier fänden —“

„Hast du schon vergessen: einer ist es.“

„Wenn sie unseren Graben sprengen?“

„Sprengen sie sich mit. Wenn wir uns nicht mühen, bleiben wir die Herren.“

Wir mühten uns nicht.

„Nicht, vier Stunden — einen halben Meter.“

Die fünfte Stunde war die längste meines Lebens. Jähe rann sie.

Nah und näher klang es dumpf. Jetzt heller. Noch heller jetzt.

Jetzt wie Süberton. Jetzt löste sich Geriefel von der Grabenwand.

Mein Kamerad fing's auf mit hoher Hand, wie man an der Quelle trinkt.

Da — ein Stahlbiß. Die Franzosenhade war ans Tageslicht gebrochen. Wie im Schrecken hielt sie still und sah uns beiden, links und rechts von ihr, in unsere Augen.

Wir vermochten es, ihr zuzumiden. Mein Kamerad sogar, zu lächeln. Nur sein Zeigefinger zitterte. Er wies auf Zeichen in dem Stahl der Hade. Großer Gott: Soldaten — eine deutsche Friedenshade in der Hand des Raulwurfs!

Die Hadenhade ging zurück. Nein, sie verriet uns nicht, die deutsche Hade.

Da war sie wieder, trübsche, drehte sich, erweiterte das Loch. Jetzt war es groß genug, daß eine Hand hindurchgreifen hätte können.

Wir schlug das Herz zum Halber: Eines Feindes Hand!

Da war sie, diese Hand. Da griff sie durch. Da hing sie, arglos tastend, halbhoch in unserem Graben. Sicher für Sekunden nur. Ohne Ahnung, daß in den Sekunden unserer Menschenheelen Zeiger über Ewigkeiten strichen...

Eine Hand wie meine Hand. Eine Hand wie meines Kameraden Hand. Verwehert und verbrannt, verschrundet und zerschunden durch den Krieg, wie unsere. Ein Gedder, blutbürdipült vom roten Leben. Um den einen Finger schimmerte ein Goldreif matt und halb erblindet. Waren wir nicht alle matt vom Elend dieses Krieges und halb erblindet?

Wie durch Zauber wühten wir dasselbe denken: Eines Bruders Hand.

Die Hand war weg. Dennoch sahen wir sie weiter. Wir würden sie in aller Ewigkeit so sehen müssen.

Da — da stieß sie wieder durch — ins Beere, die einsame Hand. Fürchtbar bitter stieg's in uns herauf. Stiegen nicht in diesem Kriege alle Hände — häßen, drüben — in die grenzenlose Leere? Die ganze Sinnlosigkeit der Zeit war über uns gekommen.

In meines Kameraden Augen sah ich etwas kommen. Herr im Himmel, wenn er diese Hand jetzt mit dem Refler abschneite — wenn ein Armstumpf in den Graben ragte — wenn aus diesem Armstumpf sich ein Quell ergöffe, unseren Graben füllte, füllte, füllte, bis wir kein ertränken — ertränken, ohne den Menschen gesehen zu haben, der zu dieser Hand gehörte...

Ich was, der Mensch — die Hand war dieser Mensch!

Die Hand, die jetzt mein Kamerad — überwältigt von der Flut zurückgedrängter Menschlichkeit — recht herzhaft sah, drückte und — Ein Schrei, ein grauenerregender Schrei. Die Hand hing schlaff im rechten Winkel in den Graben. Wir, zwei Rasende, wir bissen uns mit allem, was zur Hand war, in das Loch, Steine brachen, Erde rutschte, weilauß riß das Loch, durch das wir einen Körper zogen, einen Toten, den der Schreck getötet hatte.

Frankreich, Nachbar, wo ist deine Hand, die wir, überwältigt von der Flut zurückgedrängter Menschlichkeit, jetzt fassen sollen, ehrlich lassen?

Ich es endlich selber, Frankreich, Nachbar, daß du es in eben dieser Hand hältst, die wir drücken wollen, ob auf ewig Frieden sein wird zwischen uns.

Frankreich, Nachbar, laß den Argwohn fahren — du und wir, wir wollen nicht an Händedrücken sterben — du und mir, wir wollen leben! Fritz Müller-Partenkirchen.

